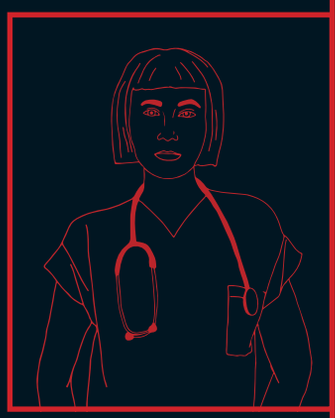
Preis: 1 Euro
Ich-bin-sauarm-Preis: 0,50 Euro
Klatschen-und-Kniebeugen-müssen-reichen-Preis: 100 Euro

Ausgabe 2021.01

REVOLUTION

Internationale Kommunistische Jugendorganisation

Health- Care statt Wealth- Care



Keine Profite mit unserer Gesundheit!

18 Corona-Schulprogramm

20 Die Radikalisierung der Querdenkenbewegung

08 Let's talk about Sex: Über Konsens reden – aber wie?

We are (the) Revolution

Die Zeitung, die du in deinen Händen hältst, wird regelmäßig von einer Gruppe von Jugendlichen herausgebracht. Diese Gruppe nennt sich genau wie die Zeitung – REVOLUTION. Wir sind eine internationale kommunistische Jugendorganisation.

Wir haben ein gemeinsames Programm, das wir uns selbst erarbeitet haben. Wir sind offen für jede Diskussion, aber wir stehen geschlossen hinter unseren Aktionen. Wie unser Name sagt, sind wir für die Revolution, für den Kommunismus. Eine gerechte und befreite Gesellschaft kann nur entstehen, indem der Kapitalismus von denen, die er unterdrückt, zerschlagen wird. Und der Kampf dafür beginnt jetzt, in konkreten Kämpfen, wie im Kampf der Refugees für volle Bürger_Innenrechte oder Seite an Seite mit Arbeiter_Innen aus aller Welt.

Wir haben wöchentliche Ortsgruppentreffen (zurzeit online im Livestream auf Instagram oder Facebook), auf denen wir gemeinsam diskutieren und Aktionen planen. Wir gehen auf Demonstrationen, unterstützen Streiks und bringen Flugblätter und eine Zeitung heraus, um neue Jugendliche und junge Arbeiter_Innen für unsere Ideen zu gewinnen. Wenn du unsere Ideen unterstützt, dann werde aktiv, organisiere dich gemeinsam mit uns!

Auch in deiner Stadt

Berlin | Dresden | Frankfurt a.M. | Fulda | Greifswald | Kassel | Leipzig | Hamburg | Stuttgart | Landau

Kontakt

mail germany@onesolutionrevolution.de
fb /onesolutionrevolution.germany
web onesolutionrevolution.de
insta @revogermany

Redaktion

Felix Ruga, Lars Keller, Leila Cheng, Sani Meier, Flo Schwerdtfeger

Inhalt

Internationales
6 Joe Biden
23 Solidarität mit den indischen Arbeiter_innen
11 Atomwaffenverbotsvertrag - Ende des Schreckens?

Corona & Krise
26 Warum der nächste Lockdown das Corona-Problem an unseren Schulen nicht löst und was wir dagegen tun können
16 Corona-Impfstoff: Das Wundermittel gegen die Krise?
18 Für ein revolutionäres Corona-Schulprogramm!
20 Wer kommt für die Kosten der Krise auf?
22 Die 1000€ Sonderzahlungslüge
28 Die Radikalisierung der Querdenkenbewegung

Antirassismus
32 1 Jahr Hanau- Wie Rassismus effektiv bekämpfen?
12 Über Islamophobie und die Frage, ob es eine religiöse Revolutionärin geben kann

Sex
8 Let's talk about Sex: Über Konsens reden - Aber wie?
14 Cardi B & Co - Sex sells oder Sexuelle Befreiung?

Revo vor Ort
4 Dresden, Berlin

Comic
3 Karla Kommunista

Der Name ist Programm

Hier in dieser Zeitung erfährst du nur einige Punkte und Positionen unserer Politik. Sie basieren auf unserem Programm, welches unsere heutige Situation mit dem kampf um eine sozialistische Revolution verbindet. Allen Jugendlichen innerhalb der Sozialdemokratie, sowie in der radikalen Linken, wollen wir mit diesem Programm einen Diskussionsvorschlag bieten für den Aufbau einer tatsächlich revolutionären, unabhängigen Jugendorganisation - einer neuen Jugendinternationale. Wir fordern euch auf, es mit uns zu diskutieren und aktiv in die kommenden Auseinandersetzungen in der Krise zu tragen.

V.i.S.d.P. Annika Paulmichl, Eiergasse 2, Berlin

In dieser Zeitung wollen wir Analysen anstellen und Perspektiven aufmachen, wie die momentane Krise überwunden werden kann.

Im Kampf gegen „Querdenken“, den wirtschaftlichen Struggle und den Corona-Missständen an den Schulen, Unis und Betrieben setzen wir auf eine Antikrisen-Bewegung, die sich zur Aufgabe nimmt, die gesellschaftliche Grundlage all dieser Probleme anzugreifen: Die Bedrohung und Zwänge des Kapitalismus zum Profitmachen, Konkurrieren und Unterdrücken der Mehrheit der Gesellschaft.

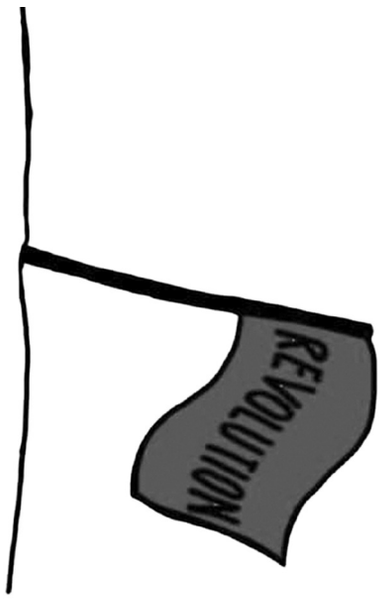
Dagegen muss unsere Aufgabe sein, uns zu organisieren und für soziale Maßnahmen zu kämpfen, wo auch immer wir uns bewegen. Das geht am besten zusammen und deswegen müssen sich die linken Bewegungen, die es momentan schon gibt oder sich formieren, zusammenfassen und verbünden als gemeinsame Kraft gegen die kapitalistische Gesamtscheiße!

In den folgenden Texten beziehen wir uns immer wieder darauf, wie das stattfinden kann und an welchen Punkten der Zusammenhang zum Kapitalismus besteht, egal ob wir jetzt über Sexismus, Rassismus, Jugendunterdrückung oder Unterdrückung von Arbeiter_Innen sprechen.

Und dabei spielt der Staat und seine Gewalt selbstverständlich auch seine Rolle:

VON LISA

Revo vor Ort



Dresden

Schularbeit

Pandemie

Krise

von Alys Wenn

Während die zweite Corona Welle im Herbst wie erwartet einschlug, gab es im November trotzdem nur einen weichen (Freizeit-) Lockdown. Kinos und andere Freizeitangebote wurden geschlossen, während die Schulen und Kitas weiterhin geöffnet blieben.

Schüler_Innen, Eltern und Lehrpersonal wurden gar nicht mit in die Entscheidung von möglichen Schulschließungen mit einbezogen. Dabei sind sie diejenigen, die es direkt betrifft. Die Gesundheit von uns Schüler_Innen, unseren Familien und unseren Lehrer_Innen hat also eindeutig keine Priorität. An den Schulen waren die Hygiene-Maßnahmen dementsprechend nicht ausreichend. Zwar sind Lüften und Masken an sich sinnvoll, aber solange Sportunterricht ohne Abstand und Maske abgehalten wird, bringt das alles nichts. Auch gibt es immer noch kein System, das sicherstellt, dass kranke Schüler_Innen keinen Lernstoff verpassen. Das führt dazu, dass auch Menschen mit Erkältungssymptomen in den Klassenräumen sitzen. Dabei war im Sommer genug Zeit, um sich umfassende Hygienekonzepte für Schulen zu überlegen oder beispielsweise Lüftungsanlagen zu installieren, da es vorhersehbar war, dass eine erneute Welle von Coronainfektionen kommen würde.

Aus diesem Grund haben wir uns als Schulgruppe am Gymnasium Dresden Klotzsche getroffen und gemeinsam unsere Forderungen aufgestellt. Dabei haben wir uns auf drei konzentriert:

1) Sofortiger Ausfall des Sportunterrichts. Das ist zwar nicht optimal, da auch er eine wichtige Rolle in der Bildung spielt, aber unter diesen Umständen nicht sicher durchgeführt werden kann.

2) Kostenlose FFP2-Masken für Lehrer_Innen. So können sie zuverlässiger vor Coronainfektionen geschützt werden, denn ohne Lehrer_Innen gibt es auch keine Bildung. Bezahlt werden sollen diese Masken von den Gewinner_Innen der Pandemie wie Online-Shopping-Plattformen (Amazon z.B. konnte im dritten Quartal 2020 seinen Gewinn auf 6,3 Milliarden Dollar erhöhen und ihn damit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, aber auch zu den vorherigen Jahren verdoppeln).

3) Unsere letzte Forderung soll verhindern, dass Personen mit Erkältungssymptomen in die Schule kommen: Bereitstellung des Unterrichtsmaterials für kranke Schüler_Innen. So muss keine_r Angst haben, wichtige Teile des Lehrplans zu verpassen.

Daraufhin haben wir Plakate designt und in der Schule verteilt. Ein paar Tage später wurden in Sachsen die Schulen geschlossen. Damit wurden zwar viele unserer Forderungen bezüglich des Präsenzunterrichts erfüllt, doch auch Homeschooling ist nicht perfekt, weil es zum Beispiel die Bildungsungleichheit erhöht. Deshalb bleiben wir auch online aktiv und kämpfen weiterhin für eine Lösung, die es allen ermöglicht, am Unterricht teilzunehmen, ohne benachteiligt zu werden. Wenn die Schulen im Januar jedoch wieder aufmachen sollten, wie es bisher angekündigt ist, werden wir diese Kampagne natürlich weiter durchführen. Es ist notwendig alle Menschen in der Schule und im Umfeld vor der Pandemie, aber auch der aktuellen Wirtschaftskrise, zu schützen.

Berlin

Schularbeit

Moria

Auch für uns ist die Arbeit an Schulen während der Corona - Pandemie besonders wichtig, denn hier in Berlin mussten im November ebenfalls alle Schüler_Innen zwar mit Maske in die Schule, aber dennoch mit 30 weiteren Menschen jeden Tag in eine Klasse. Zu diesem Zeitpunkt wurden auch hier schon jeden Tag neue Rekorde an Fallzahlen gebrochen. Dennoch war der Landesregierung wie immer Profit wichtiger als Gesundheit, und es wurde alles darangesetzt, dass Schüler_Innen trotz Corona zur Schule und Eltern zur Arbeit gehen. Deshalb haben wir am 22.11.2020 eine Demo gegen den Regelbetrieb an Schulen veranstaltet. Zu der kamen ca. 200 Menschen.

Eine andere Aktion, die wir gemeinsam mit dem AkST (Antikapitalistische Schüler_Innentruppe) an verschieden Schulen in Berlin gemacht haben, war eine Spendenaktion für Moria (Geflüchtetenlager auf Lesbos). Dort ist am 08.09.2020 ein riesiger Brand ausgebrochen. Dabei ist ein Großteil des überfüllten Lagers verwüstet worden. Seitdem mussten dort viele Menschen auf der Straße leben. Inzwischen gibt es zwar ein neues Lager, doch die Menschen leben dort durch den Starkregen im Wasser, gegen die Kälte wird nichts getan und die hygienischen Bedingungen sind miserabel. Die Umstände sind also noch schlimmer als zuvor. Deshalb haben wir an den verschiedenen Schulen Kleiderspenden gesammelt, die wir dann auf einem Flohmarkt verkauft haben. Dafür haben wir unter anderem durch eine Kundgebung vor der Sophie-Scholl-Schule geworben. Das Geld was wir damit verdient haben ging an "Lesvos Solidarity". Die Nicht-Regierungsorganisation bietet geflüchteten Menschen seit 2012 Unterkunft und Unterstützung auf der griechischen Insel Lesbos. Sie leben dort im privaten und selbstorganisierten Camp PIKPA, das sich grundlegend von dem staatlichen Camp auf der Insel unterscheidet. Hier finden z. B. unbegleitete Kinder, Frauen und Behinderte besonderen Schutz. Die Lebensbedingungen sind deutlich besser.

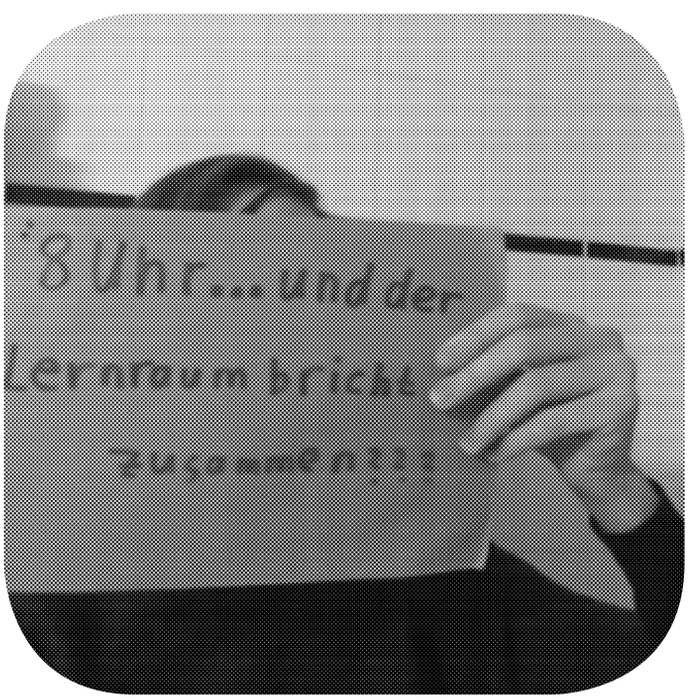
Deshalb rufen wir auch euch auf:

Führt ähnliche Kampagnen an euren Schulen durch!

Stellt Forderungen an eure Schulen/ bzw. für das Homeschooling auf!

Postet online Fotos von euch mit einem Zettel, wo eure Forderungen drauf geschrieben sind!

Diskutiert mit euren Mitschüler_Innen die Perspektive eines Schulstreiks!



Joe Biden:

Was können wir von dem neuen US-Präsident erwarten?

Von Ronja Keller

Trotz des Sturms des Capitols wird am 20. Januar Joe Biden in das Amt des Präsidenten eingeführt. Endlich können wir mal einen Artikel über US-Politik schreiben, in dem es nicht primär um Trump geht! Aber wird es mit Biden denn so viel besser? Was hat der neue Präsident bisher so gemacht, was hat er versprochen und wie wird sein Kabinett aussehen? Im folgenden Artikel wollen wir uns einen Überblick über den neuen Präsidenten verschaffen und feststellen, ob die arbeitenden Massen und unterdrückten Menschen wohl auf eine Verbesserung ihrer Lage durch Biden hoffen können.

Joes bisherige Laufbahn

Der neue Präsident hat eine lange Geschichte in der US-Politik, denn bis zur Präsidentschaft Obamas war er 36 Jahre lang Mitglied des Senats und während Obamas achtjähriger Amtsperiode Vizepräsident. Dabei hat er eine seine politische Agenda mehrmals klargemacht:

Biden ist vor allem durch seinen Standpunkt in der Außenpolitik aufgefallen. Bei vielen Brennpunkten sprach er sich für eine US-amerikanische Intervention aus. Während des Balkankriegs war er für eine aktive und gewaltsame Einmischung der USA, für Lufteinsätze der NATO, er unterstütze mehr Bodentruppen im Afghanistan-Krieg und damit die Linie des damaligen republikanischen Präsidenten George W. Bush. Auch den syrischen Bürgerkrieg sollte die US-Army weiter anfachen. Bei dem Thema Finanzen stimmte Biden meist für einen ausgeglichenen Haushalt („Schwarze Null"), womit er unter anderem den Abbau der Sozialsysteme unterstützt hat. Außerdem hat er eine Gesetzesänderung durchgeboxt, durch die es unmöglich geworden ist, bei zu hohen Studien- oder Kreditkarten-Schulden Insolvenz anzumelden, sodass viele Arbeiter_Innen für immer mit dieser Last leben müssen. Er stand somit immer hinter dem kapitalistischen System und dem US-Imperialismus. Dies wird er auch weiter tun. Hinzu kommt, dass in der Vergangenheit schon mehrfach von übergriffigem Verhalten berichtet wurde inklusive sexueller Nötigung einer ehemaligen Angestellten.

Was können wir von seinen Versprechen erwarten?

Der Wall-Street hat Biden versprochen, dass alles beim Alten bleibe und er keine größeren Veränderungen vornehmen werde. Dies wird sich auch für die Ausbeutung der Menschen ähnlich verhalten. Er hat keine Lösungen für die Probleme wie steigende Armut oder (Jugend-) Arbeitslosigkeit.

Biden möchte einen besseren Neuaufbau nach dem „Build Back Better"-Konzept, kurz: BBB. Das heißt, staatliche Finanzierungen für einen „grüneren" und „gerechteren" Kapitalismus. Dies beinhaltet auch Elemente des Green New Deals. Konkret sollen 7 Billionen Dollar für Grünen Verkehr und Maßnahmen, um den US-Kapitalismus aufzubauen und damit die Hoffnung auf gut bezahlbare Arbeitsplätze. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass Biden dieses Versprechen hält, und selbst wenn, ist die Rettung der sozialen Lage von unzähligen Menschen ohne ein bewusstes Eingreifen in Produktion nicht zu machen. Ohne Enteignung und Kontrolle der Betriebe durch die Beschäftigten ist es eher wahrscheinlich, dass die Förderungen bloß wieder in den Taschen der Kapitalist_Innen landen. Da die demokratische Mehrheit im Senat hauchdünn ist, sind bloß faule Kompromisse zu erwarten, die keinen annähernden Ausgleich für die Auswirkungen der Krise bringen, die die ausgebeuteten und unterdrückten Massen erlitten haben und noch werden, da der Senat die Vorschläge des Präsidenten blockieren kann.

Bei der #BlackLivesMatter-Bewegung gegen rassistischen Polizeiterror ist Biden auf Versöhnung aus. Er stellt sich nicht konkret auf eine Seite, da er weder die Aktivist_Innen vertreiben will, noch seine eher konservative Basis. Es ist

natürlich eine Illusion, zu glauben, dass dadurch eine Versöhnung möglich ist und es Gerechtigkeit für rassistisch Unterdrückte in diesem System geben kann. Dazu kommt noch, dass Biden schon in der Vergangenheit immer ein Verfechter von Recht und Ordnung war und damit die Rechte der Polizei eher stärken als schwächen wird. Als Lösung für die anhaltende Polizeigewalt sagte er, dass Polizist_Innen „ins Bein statt ins Herz schießen sollten". Auch das Gesundheitssystem, welches momentan sehr profitorientiert ist und dringend verbessert werden müsste, wird wohl nicht grundlegend geändert, obwohl es eine zentrale Forderung des linken Flügels ist, dass es eine allgemeine Krankenversicherung gibt.

Immerhin können wir damit rechnen, dass seine Corona-Politik nicht so katastrophal ist wie die Trumps, auch wenn es schwierig werden dürfte, den Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen.

Wer ist in seiner Regierung?

Keines der Mitglieder seines Kabinetts, die bisher feststehen, gehört dem linken Flügel der Demokraten an. Weder Bernie Sanders noch Elizabeth Warren als wichtige linke Vertreter_Innen stehen auf der Liste. Biden selbst hat gesagt: „Das ist ein Team, das die Tatsache widerspiegelt, dass Amerika zurück ist. Bereit, die Welt anzuführen und sich nicht von ihr zurückzuziehen." Dass er für die Vorherrschaft des US-Imperialismus kämpfen wird, gibt er damit offen zu. Doch schauen wir uns mal einige einzelne Mitglieder an:

Bereits im Wahlkampf stand fest, dass Kamala Harris Vizepräsidentin für Biden sein wird. Dass sie als woman of colour in diesem Amt ist, stellt für viele bereits eine Errungenschaft dar, jedoch zeigt ihr Lebenslauf, dass sie wenig mit den Kämpfen der meisten schwarzen Frauen in Amerika zu tun hat. Außerdem trat sie in der Vergangenheit, wie auch Biden, für das Polizeiwesen, Sicherheit und Ordnung ein. Ihre harte Linie zeigt sie beispielsweise darin, dass sie die Kriminalisierung von Eltern unterstützt hat, deren Kinder die Schule schwänzen. Weiter hat sie auch einmal Ermittlungen gegen Polizisten, die einen Schwarzen erschossen haben, abgelehnt. Als woman of colour erwarten viele von ihr einen Kampf gegen Rassismus und Unterdrückung, doch auf die Frage, wie sie diesen Kampf unterstützen will, spricht sie bloß darüber, wer sie ist, aber nicht, was sie vorhat. Sie bedient damit die identitätspolitische Linie der Demokrat_Innen.

Außenminister wird Antony Blinken. Mit ihm kommt ein Minister auf den Posten, der für eine kriegerische Politik steht und sich für traditionelle Bündnisse, wie die NATO, einsetzen wird. Blinken wird auch eine Verbindung zur Rüstungsindustrie nachgesagt. In seiner Funktion als stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater unter Obama befürwortete er unter anderem die Unterstützung der USA bei der saudischen Intervention im Jemen, welche bis heute furchtbare humanitäre Folgen hat.

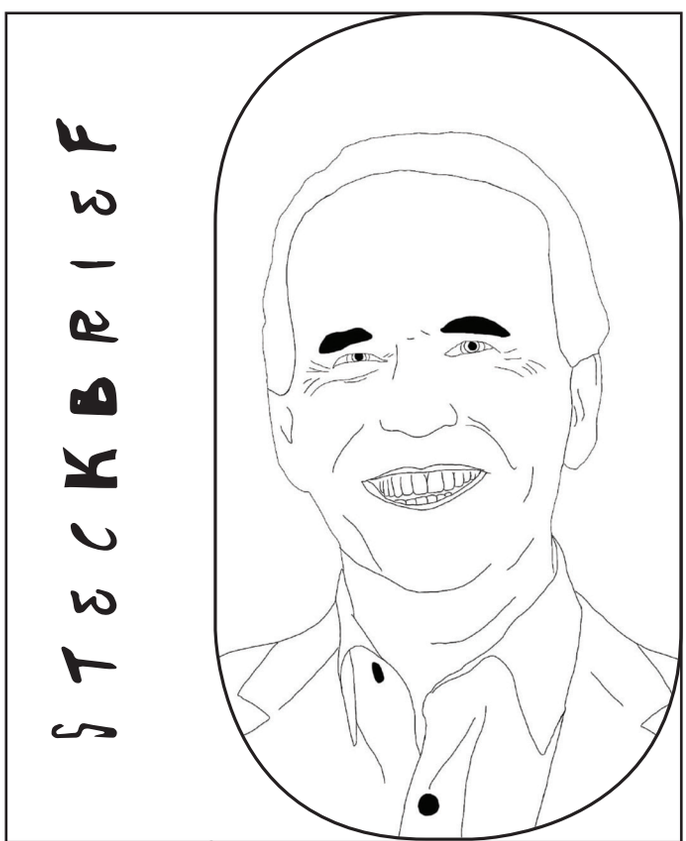
Finanzministerin wird Janet Yellen, die während der Obama Administration Präsidentin der Federal Reserve Bank, also der Notenbank, war. Sie war maßgeblich bei der staatlichen Rettung von Banken und Unternehmen während der Krise 2009 beteiligt. Mit ihr werden wohl großzügige Konjunkturpakete für Unternehmen zu erwarten sein.

All diese Punkte bringen den Klassencharakter des neuen Präsidenten und der Demokratischen Partei hervor. Genauso wie Trump liegen seine Interessen ganz klar darin, das System zu retten und die USA an erster Stelle in der Welt zu halten, jedoch mit einer anderen Taktik. Auch Kriege können zunehmen, gerade mit Hinblick auf Russland, China oder Iran, wenn es darum geht, die Größe der USA zu verteidigen. Für die Arbeiter_Innenklasse und unterdrückten Menschen wird sich wohl nicht viel ändern. Migrant_Innen werden weiterhin inhaftiert, POC durch Polizeiterror getötet, Sparmaßnahmen gefordert, Angriffe auf Rechte und Leistungen für Arbeiter_Innen fortgesetzt. Eine Erholung für die Arbeiter_Innenklasse wird es nicht geben.

Welche Perspektive gibt es?

Sicher ist Biden dazu bereit, noch weiter nach rechts zu rücken – mit Hinblick auf die wirtschaftliche Krise und dem wachsenden Druck von rechts in Politik und auf der Straße, gerade nach dem Sturm des Capitols. Dadurch wird es wohl viele Kompromisse geben. Das kann auch dazu führen, dass der rechte Flügel der Demokraten weiterwächst und mit ihm die Angriffe auf die Unterdrückten und Ausgebeuteten.

Weder wird die Demokratische Partei die Arbeiter_Innenklasse, noch wird sie die Angriffe auf ihre Rechte abwehren. Sowohl die demokratische als auch die republikanische Partei sind Parteien des Kapitals und der Wall Street. Sie haben nicht die Absicht, das System grundlegend zu ändern, sondern würde vielmehr alles dafür tun, genau dieses System aufrechtzuhalten. Umso wichtiger ist es, soziale Bewegungen wie BLM oder die Gewerkschaftsbewegung weiter aufzubauen und mit dem Ziel zu einen, eine Arbeiter_Innenpartei in den USA zu etablieren. Eine Verbesserung der Lage schafft kein Präsident, sondern das kann nur der Druck auf die Regierung, der von den Ausgebeuteten und Unterdrückten kommen muss.



Name	Joseph Robinette „Joe" Biden, Jr.
Alter	78 Jahre
Partei	Demokratische Partei (neoliberaler mitte-rechts-Flügel)
Ausbildung	Abschluss an einer römisch-katholischen Akademie Jurastudium mit den Schwerpunkten Geschichte und Politikwissenschaft
Beruf	Anwalt, Dozent für Verfassungsrecht, Mitglied des Senats

Lets talk about
Über Konsens reden - aber wie?

JK Singh

Im Sexualkundeunterricht in der Schule wird uns nicht viel beigebracht. Zwar können wir uns glücklich schätzen, dass wir lernen, wie wir Kondome über Bananen stülpen und wir auch mal einen seitlichen Anschnitt einer Vagina sehen oder bekommen 'nen Tampon in die Hand gedrückt. Aber so wirklich hilfreich ist's dann auch nicht, wenn man versucht Sex zu haben. Im Unterricht liegt der Fokus auf Genitalien, wobei die weiblichen an der Stelle oftmals falsch dargestellt werden, (So ist beispielsweise die Klitoris kein kleiner Punkt, der gaaaanz schwer zu finden ist), Homo-, Bi- und Asexualität werden nicht wirklich angerissen und über Intimität, Verantwortung oder Gefühle wird so gut wie nie geredet. Stattdessen können wir dann auf die breite Palette der verzerrten Darstellung von Intimität und Sexualität in der bürgerlichen Gesellschaft zurückgreifen.

Ähm, was?

Ob in Filmen oder Serien: Intimität wird in Extremen dargestellt. Entweder ist die Grundlage Liebe bis ans Ende des unendlichen Universums, oder es geht darum seinen eigenen Wert zu beweisen, in dem man Jemanden ins Bett bekommt. Dazwischen gibt's nicht viel zu finden. Voll romantisch und so. Meist weiß der Mann auch natürlich, was die Frau braucht. Ohne zu fragen, kann er einfach fühlen, dass die Frau jetzt geküsst werden will und per Gedankentelekinese fügt sich alles nahtlos in einander bis man auf einmal nackt ist –und die Frau durch reine Penetration einen Orgasmus bekommt. Das ist noch die nette Variante, schließlich gibt's noch genügend Momente, wo die Frau auch Nein sagt, aber der Mann natürlich ganz genau weiß, dass das nur ein geheimes Codewort für „Fick' mich" ist. Dementsprechend wird auch gehandelt und als Zuschauer_In weiß man nicht, was man nun mit der Form der sexuellen Gewalt, die man gerade gesehen hat, anfangen soll.

Was kann dadurch passieren?

Zusammengefasst hört sich das eher ungeil an. Ist es auch. Die Idee, dass man sein Gegenüber erobern muss, führt in der Praxis zu vielen Problemen. So kommt es zum Überschreiten von sexuellen Grenzen und zu Übergriffen. Das kann bewusster passieren, beispielsweise wenn man ein „Nein" nicht als „Nein" wertet, weil man glaubt, man(n) muss die andere Person überzeugen. Oder unbewusster, wenn man es einfach macht, weil man glaubt, dass Nachfragen ein Zeichen des Unwissens und von Schwäche, ist. Ebenso fühlt man sich selber unter Druck gesetzt, weil man versucht einem Idealtyp zu entsprechen, den es so gar nicht gibt. Sexualität verkommt also vielmehr zu einer Einzelleistung bei der man auf magische Art und Weise weiß, was der Andere denkt und sich selber „beweisen" muss.

Aber warum ist das so?

Das liegt vor allem daran, dass in der bürgerlichen Gesellschaft Sex in erster Linie dazu da ist, die Fortpflanzung zu sichern. Für die herrschende Klasse Nachkommen, an die sie ihren Besitz vererben (diese Vererbung findet meist über die männliche Linie statt). Für die Arbeiter_Innenklasse wird so die Existenz der Familie weiter gesichert, die unter anderem auch der Ort ist an dem man sich selber erholen kann und die eigene Arbeitskraft reproduzieren kann. Das hört sich jetzt stark veraltet an, ist aber die Grundlage auf der sich heute viel abspielt. Das liegt daran, dass im Kapitalismus 1. Immer bürgerliche Staaten und Großkonzerne in wirtschaftlicher Konkurrenz stehen und daher möglichst viele neue Arbeitskräfte auf dem Markt benötigen. Und 2. Insbesondere bei der Unterdrückung von Frauen, dass diese in die unbezahlte Hausarbeit und das Rollenklischee der Erzieherin gedrängt werden müssen, damit die Kapitalist_Innen möglichst wenig aufbringen müssen für die Reproduktionsarbeit, denn sonst würden sie ja weniger Profit machen. So wird diese ins Private verdrängt. Sowohl die patriarchale Vererbung, als auch die private Reproduktionsarbeit sorgen dafür, dass sich Frauen in die typisch bürgerliche Familie einordnen sollen, denn nur so kann der Mann sein Eigentum auch an „seine Kinder" vererben und hat in der Arbeiter_Innenklasse einen Rückzugsort zur Erholung. Die Frauen werden zu reinen Geburten- und Erziehungsmaschinen degradiert, die an Sex keinen Spaß haben müssen. Sie sollen sich nur auf einen Mann fixieren, den sie ein Leben lang lieben, und um zu rechtfertigen, dass sie nun auch noch den Großteil der Hausarbeit (neben ihrer Arbeit) unbezahlt leisten müssen, werden sie als weniger wert und dümmer dargestellt. All dies spiegelt sich also in unserer Gesellschaft wider. Auch das Thema Sex, wie die Hausarbeit, wird weiter ins Private verdrängt. Die 68er-Bewegung hat für viele Errungenschaften in Bezug auf die Zurückdrängung von veralteter Sexualmoral eine wichtige Rolle gespielt, trotzdem konnte sie das Grundproblem nicht aufbrechen. So kommt es dazu, dass wir nun an vielen Stellen einen offeneren Umgang mit Sexualität haben, aber im Zuge dessen auch eine Liberalisierung des Sexualmarktes mit all seinen negativen Facetten.

Das heißt: Sexualität im Kapitalismus hat gar nicht den Zweck der eigenen Entfaltung. Auch wenn es so scheint, dass man als Individuum unbegrenzte Freiheiten genießen kann, geht es darum gar nicht. Vielmehr ist Sexualität stark davon geprägt, dass existierende Unterdrückungsmuster wie Rassismus, Sexismus und LGBTIA+ Diskriminierung mitreproduziert werden, die aktiv verhindern, dass wir uns frei entfalten und Vorurteile wieder spiegeln. So kommt es beispielsweise auch dazu, dass nicht-weiße Frauen stark exotisiert werden oder es allgemein eine sehr starke Fokussierung auf den Mann als Initiator gibt, während die Frau

Sex-

oftmals stummes Beiwerk ist. Unser Sex-Leben ist also auch immer eine Frage unserer Sozialisierung und kann nicht getrennt von der Gesellschaft betrachtet werden.

Was hilft dagegen?

Die feministische Bewegung hat in diesem Rahmen zwei Konzepte erarbeitet. Zum einen gibt es das „Nein heißt Nein!"-Konzept. Das basiert darauf, ein Nein als solches anzuerkennen, ohne nochmal Nachfragen zu stellen, die Druck aufbauen können (Bist du dir sicher? Willst du nicht noch mehr trinken? Etc.) und die Grenzen des Gegenübers zu akzeptieren. Das sollte eigentlich recht klar sein, ist es aber vielerorts nicht. Allerdings klammert dieses Konzept auch ein paar wichtige Dinge aus. So werden wir in dieser Gesellschaft mit bestimmten Rollenbildern sozialisiert. Nicht Jede_R hat die Möglichkeit aus sich heraus „Nein" zu sagen. Hinzu kommt, dass man erst wenn's zu spät ist Feedback bekommt – also, wenn man dabei ist eine Grenze zu überschreiten. Deswegen wurde das Zustimmungskonzept „Ja heißt Ja" entwickelt. Durch aktives Nachfragen soll eine Verletzung der Grenzen vermieden werden, damit sexuelle Handlungen nicht nur eine Einbahnstraße sind.

Das sagt sich so einfach, oder doch nicht?

Wir wollen ehrlich sein: Aktiv nachzufragen ist verdammt schwer. Das allgemein existierende Bild von Sex in unserer Ecke der Gesellschaft gibt uns zu verstehen: Sex ist immer toll und super heiß, dein eigener Wert wird dadurch bestimmt, dass du ohne zu reden dein Gegenüber zum Orgasmus bringst und einfach so total geile Sachen machst. Sex wird dadurch mehr zur individuellen Leistung und nicht etwas, dass man gemeinsam hat. Oben drauf kommen die stereotyphaften Erwartungen. Bei der männlichen Sozialisierung gilt Nachfragen als schwach – schließlich nimmt sich ein richtiger Mann, was er haben will und zeigt so seine Stärke. Die weibliche Sozialisierung zeichnet sich dadurch aus, Sachen hinzunehmen, schließlich muss man dem Typen auch gefallen.

Davon abgesehen, mischen sich je nach Situation noch Versagensängste und die Angst aufgrund der eigenen Bedürfnisse verurteilt zu werden rein. Insgesamt ergibt das also eher einen Cocktail voller Zweifel, den man nicht so einfach heruntergeschluckt bekommt. Also nein. Aktiv nachzufragen oder über die eigenen sexuellen Wünsche zu reden, fällt vielen von uns verdammt schwer. Es ist unangenehm, peinlich und man hat Angst. Aber es lohnt sich. Die Frage ist nur:

Wo fängt man überhaupt an?

Auseinandersetzung mit sich selbst?

Sexuellen Konsens zu lernen, klappt nicht von heute auf morgen. Es ist ein Prozess. Dabei lohnt es sich, sich erst mal mit sich selber auseinander zu setzen. Mit den eigenen Bedürfnissen, den eigenen Wünschen, den eigenen Grenzen. Wer das noch nie gemacht hat, dem fällt das wahrscheinlich ganz schön schwer. Weibliche Sozialisierung und auch manche psychischen Krankheiten erschweren die Auseinandersetzung damit. Praktisch kann das dann so aussehen, dass man sich selber Fragen stellt und diese nach und nach beantwortet. Beispielsweise: Kann ich gut „Nein" und „Ja" sagen? Kann ich mich selber akzeptieren? Worauf habe ich eigentlich Lust, was will ich erleben? Habe ich Angst vor Zurückweisungen? Wenn ja, was macht das mit mir? Daneben kann es helfen, sich mit seinem Körper auseinanderzusetzen. Gesellschaftliche Schönheitsideale können einen riesigen Druck ausüben – ob zu große Brüste, ein zu kleiner Penis letzten Endes wird dafür gesorgt, dass sich 99% aller Menschen nicht wohl in ihrer Haut fühlen. Das hat auch automatisch Auswirkungen darauf, wie wir uns vor anderen fühlen. Dessen sollte man sich bewusst sein und anfangen, existierende Schönheitsideale kritisch zu hinterfragen.

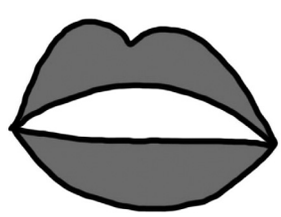
Und zuletzt: Redet ernsthaft mit Freund_Innen über Sexualität. Hört sich komisch an mit Menschen mit denen man nicht intim werden will drüber zu reden, aber der Austausch mit anderen kann einen aufzeigen, wie Grenzen bei Anderen aussehen oder man vielleicht gar nicht alleine mit seinen Ängsten und Schwierigkeiten ist. Das ist gerade in männlichen Freundeskreisen schwer, da es eine große Hemmschwelle gibt über Gefühle zu reden und gerade in der Schule Sexualität was ist, mit dem sich profiliert wird. Aber auch das kann angegangen werden. Dort hilft es vielleicht, so etwas nicht gleich in einer Gruppe, sondern im Zwiegespräch mit einem besonders guten Freund, zu besprechen. Wenn es keine Möglichkeit gibt mit Freunden darüber zu reden, kann man sich natürlich auch noch andere Wege suchen. Wenn man z.B. relativ offene Eltern hat oder, wenn gar nichts mehr geht, kann man auch versuchen eine Psychologin/ einen Psychologen auf zu suchen. Im Gegenteil zu gängigen Klischees, sind diese nicht nur für psychische Krankheiten, sondern auch einfache psychische Probleme da.

Auch wenn sich das anstrengend anhört, lohnt es sich diese Schritte auszuprobieren und sich daran weiterzuentwickeln. Seine eigenen Bedürfnisse, Grenzen und Wünsche herauszufinden – und dann auch aussprechen zu können, ist eine gute Grundlage, um das Gespräch mit Anderen zu suchen.

Wo fängt man zu zweit an?

In Realität schlägt das Herz wie wild und man ist sich nicht so ganz sicher was gerade passiert und irgendwie küsst man sich dann. Oder man ist betrunken auf 'ner Party. Oder, oder, oder. Aber selten hat man sich vorher mal die Zeit genommen, zu fragen, was das Gegenüber will. Hat man ja auch nicht gelernt. Dabei ist das recht leicht. Ein guter Einstieg ist es am Anfang zu fragen, wie gut sie/ er die eigenen Bedürfnisse und Grenzen äußern kann. Also: Wie leicht fällt es einem überhaupt „Nein" in konkreten Momenten zu sagen? Klappt das einfach oder wäre ein Handzeichen besser? Woran merke ich, was der anderen Person gefällt? Wie kommt man aus unangenehmen Situationen raus? Was gibt Sicherheit? Was macht Angst? Was ist einem verdammt peinlich?

Die Fragenliste kann man noch um ein paar mehr erweitern. Dabei gilt die Regel: Statt anzunehmen, dass man weiß, was man macht, fragt man einfach mal nach. Auf Basis dessen können dann Vereinbarungen untereinander entstehen, wie beispielsweise non-verbale Kommunikation. Oder einem fällt es schwer die Initiative zu ergreifen und man findet es gut, dass der andere sie ergreift und das auch praktisch



machen soll. Aber nicht einfach aus dem Nichts heraus. Gleichzeitig sollte man sich bewusst sein, dass es auch Machtverhältnisse gibt, die die Antworten verzerren können und die einem Umgang auf Augenhöhe im Weg stehen können. Diese gehen oftmals mit existierenden Unterdrückungsmechanismen, wie Sexismus oder Rassismus einher, wie beispielsweise die typisch weibliche Sozialisierung, die dafür sorgt, dass man eher hinnimmt, was die andere Person macht. Aber auch andere Dynamiken wie Wissenshierachien/ Erfahrungshorizont, Drogenkonsum, Abhängigkeitsverhältnisse (finanzielle beispielsweise) oder ein zu großer Altersunterschied können beispielsweise dazu führen kann, dass dem einem Gegenüber mehr Bewusstsein zugeschrieben wird, als da ist und die eine Person sich einfach unterordnet.

Das bedeutet auch, sich bewusst zu sein, Konsens nicht immer dafür sorgt, dass Alles gut geht. Das Zustimmungsprinzip Ja heißt Ja ist an der Stelle kein abstraktes, starres Regelwerk. Manche Sachen sind klar, wie „Nein heißt Nein". Aber sexueller Konsens beschreibt eigentlich ein Verhältnis zwischen den Menschen, die miteinander intim werden und kann deswegen sehr unterschiedlich praktiziert und ausgeübt werden. Es geht darum, zu versuchen keine Gewalt zu reproduzieren und sein eigenes Bedürfnis nicht einfach so durchzusetzen, sondern gemeinsam das zu machen, was einander Spaß macht. In dem Wissen und unter Berücksichtigung, dass es Sozialisierung und gesellschaftliche Unterdrückungsmuster gibt, die dabei im Weg stehen können bzw. den Zugang dazu erschweren. Manchmal merkt man erst im Nachhinein, dass die Situation gar nicht so abgelaufen ist, wie man es gewollt hat. Das kann passieren, auch wenn man sich Mühe gibt. Sexualität ist von Natur aus ein Spannungsfeld und gleichzeitig gibt es in unserer Gesellschaft unfassbar viele Unterdrückungsmomente. Deswegen gehört auch dazu, dass man im Nachhinein bereit ist, über das Erlebte zu reden, Kritik anzunehmen oder Sachen, bei denen man sich unsicher war, selber aktiv anzusprechen. Sex ist also unmöglich wirklich angenehm und schön für beide, ohne Zusammenarbeit und gegenseitige Rücksichtnahme und Vertrauen.

Das hört sich allen anstrengend und 0 romantisch an!

Für Manche ist's anstrengend, sich mit sich und den Bedürfnissen anderer auseinander zu setzen. Wenn du aber nicht gerade darauf stehst, andere zu verletzen (was, wenn es im konsensualen Rahmen passiert, wiederum voll ok ist) und dein eigenes Bedürfnis über Andere zu stellen, dann merkst du, dass das der praktikabelste Weg ist. Die Idee von Romantik, die uns in Filmen und Serien beigebracht wird, basiert darauf, dass sie grenzüberschreitend ist. Und was ist daran bitte romantisch? Es scheint nur oftmals leichter, weil man sich der Gefahr entzieht einen Korb zu bekommen. Solche Aussagen sind an der Stelle nur Aussagen mit der man sich aus der Verantwortung ziehen möchte.

Also machen wir das alle und wir haben eine befreite Gesellschaft?

Nein. Leider ist dem nicht so. Es gibt es Leute, die von der aktuellen Gesellschaftsdynamik profitieren. Diese haben gar kein Interesse Etwas zu ändern, denn um die Grundlage dieser Unterdrückungsformen zu beenden, müssten diese Menschen ihren Besitz und ihre Privilegien aufgeben. Dementsprechend kann die Grundlage, die das Bewusstsein erzeugt, dass es in Ordnung ist, einfach so mit Leuten zu schlafen, ohne zu Fragen nicht einfach so verschwinden und wird weiter reproduziert. Es ist also gar nicht möglich, dass alle Menschen das einfach so machen. Schließlich wurden die Meisten anders sozialisiert. Wir müssen also erst eine Grundlage dafür schaffen.

Also können wir es auch gleich lassen?

Auch nein. Als Revolutionär_Innen wissen wir zwar, dass wir in der bürgerlichen Gesellschaft nicht einfach so befreit leben können. Schließlich sind wir uns den Zwängen, wie beispielsweise dem Zwang unsere Arbeitskraft verkaufen zu müssen, nicht einfach so entledigen. Oder einfach so die Art und Weise, wie wir sozialisiert wurden, abwaschen und neu anfangen. Aber wir können uns den Mechanismen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft bewusst sein. Wir können, aber müssen auch gleichzeitig. Schließlich kämpfen wir für eine befreite Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Das klappt am besten, wenn wir schon im Hier und Jetzt für Verbesserungen kämpfen und versuchen mit gesellschaftlichen Diskriminierungen einen Umgang zu finden, statt das Ganze auf die Zeit „nach der Revolution" zu verschieben. Deswegen fordern wir beispielsweise: die Vergesellschaftung der Hausarbeit, weil sie eine Grundlage des Sexismus in der bürgerlichen Gesellschaft angreift, und eine enorme Entlastung für die Arbeiter_Innenklasse wäre. Zudem haben wir uns als Organisation dazu entschieden, aktiv sexuellen Konsens als Bestandteil in unserer Debattenpraxis aufzunehmen. Erfolgreich kann das Ganze aber nur sein, wenn wir dem System die Grundlage entziehen, indem wir die bürgerliche Familie und die geschlechtlichen Stereotype auf den Müllhaufen der Geschichte verbannen! Dies können wir aber erst in einem System ohne Lohnarbeit machen, wo die Entscheidung nicht mehr in den Händen der (meist männlichen) herrschenden Klasse liegt.

Deswegen müssen wir kollektiv die Produktion in unseren Besitz nehmen, die Kernindustrien enteignen und unter demokratische Planung der Arbeiter_Innenklasse stellen. Erst dadurch können wir auch die Reproduktion der Arbeitskraft kollektiv bestimmen und damit der doppelten Ausbeutung der Frau, Sexismus und Rollenklischees den Boden entziehen. So wird sich auch die Sozialisierung und das Recht auf guten Sex für alle, der nicht ins Privatgespräch gedrängt wird, verändern.

Atomwaffen-verbotsvertrag: Ende des Schreckens ?

Flo Schwerdtfeger

Jedes Wort über Frieden in der Welt von den imperialistischen Staaten der Welt ist eine Lüge, wenn man nicht nur die Aufrüstung der letzten Jahre verfolgt, sondern auch einen Blick auf die bestehenden Arsenale von Atomwaffen wirft. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut schätzt, dass die Atommächte derzeit rund 13.400 Nuklearwaffen besitzen. 6000 davon sind jeweils bei den USA und Russland zu verbuchen. 4.000 davon jederzeit einsetzbar und 1.800 in höchster Alarmbereitschaft. Damit sind es zwar um das Fünffache weniger, als während der heißesten Phase des kalten Krieges, allerdings sind es immer noch genug um den Planeten in Schutt und Asche zu legen.

Neben den beiden genannten Staaten gehören noch Frankreich, Großbritannien und China zu den Staaten, die innerhalb des Atomwaffensperrvertrags liegen. Außerhalb dieses Vertrages sind Indien, Pakistan, Nordkorea und Israel. Bei diesen vier Staaten ist bekannt gegenwärtig Waffen zu besitzen und zu produzieren.

Nach dem Einsatz der zwei Atombomben in Hiroshima und Nagasaki sah man zum Glück von weiteren kriegerischen Einsätzen ab. Allerdings hinderte es die Staaten nicht daran jahrzehntelang weiterentwickelte Bomben zu testen und dafür, wie im Falle der USA, Einheimische entschädigungslos von ihren Inseln zu vertreiben, um diese als Testgelände zu nutzen.

In der jüngeren Geschichte wurden im Kosovokrieg und Irak normale Geschosse und Bomben mit Uranummantelung eingesetzt, da sie dadurch härter und durchschlagskräftiger wurden. Auch wenn dies keine Atomwaffen mit Kernspaltung sind, kam es dazu, dass das Grundwasser in vielen Fällen verschmutzt wurde und nicht nur Soldat_Innen, sondern auch Zivilist_Innen an Strahlenkrankheiten erkrankten, da Uran beim Einschlag frei wurde.

Die moderne Doktrin für den Einsatz von Atomwaffen sieht vor schnell und gezielt agieren zu können. Nicht mehr mit städtevernichtenden Bomben, sondern mit gelenkten und kleinen Geschossen, die Bunker durchbrechen sollen und nur kleinräumig Schaden anrichten. Trotzdem kann sich daraus eine Eskalationsspirale entwickeln, die dann doch wieder in einem Atomkrieg endet.

Verträge gegen Kriege?

Dies zu verhindern versuchen mehrere Verträge, die den Einsatz, die Forschung oder den Verkauf von Atomwaffen zumindest beschränken oder in Teilen verbieten. Hinzu kommen Verträge, die das teilweise Abrüsten der USA und Russland garantieren sollten. Letzterer ist allerdings 2019 ausgelaufen, da beide Staaten sich immer wieder Vorwürfe über Vertragsverletzungen machten.

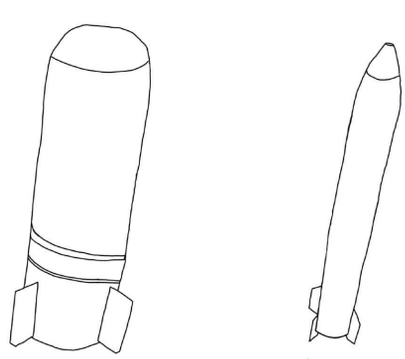
Derzeit ist die Aufmerksamkeit aber auch auf den Atomwaffenverbotsvertrag gerichtet, der am 22. Januar 2021 in Kraft treten soll. Dieser beinhaltet ein allumfassendes Verbot des Besitzes, der Erforschung, Verbreitung und des Einsatzes von Atomwaffen aller Art. Die vorigen Verträge bezogen sich meist auf spezielle Gattungen, wie z.B. nur landgestützte Mittelstreckenraketen. Des Weiteren sichert es den Staaten aber auch die zivile Nutzung von nuklearem Material zu, z.B. für die Stromerzeugung durch Atomenergie. Die Unterzeichnenden verpflichten sich ebenfalls dazu das erlebte Leid der Hibakusha (Überlebende von Hiroshima und Nagasaki) und der Vertriebenen durch die Tests anzuerkennen und ihnen psychologische Hilfe zu gewähren, als auch wirtschaftliche Hilfe beim Wiederaufbau und der Dekontaminierung der Gebiete zu bieten.

Unterzeichner dieses Vertrages sind vor allem halbkoloniale Länder des globalen Südens, aber auch Länder ohne oder mit aufgegebenen Nuklearwaffenprogramm. Keine Atommacht oder Verbündeter dieser unterschrieb diesen Vertrag.

Entstanden ist der Verbotsvertrag als Folge aus dem bereits bestehenden Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV). Dieser wird dafür kritisiert nicht genügend Mittel zu haben seine Ziele umzusetzen und Fehlverhalten zu sanktionieren. Beispielsweise ist die schrittweise Abrüstung als Friedensbestreben der Atommächte dort deklariert, dass jedoch weder entscheidend kontrolliert werden kann und auch kaum stattfindet.

Das größte Problem ist jedoch, dass es auf freiwilliger Basis ist. Die Beschränkungen gelten also nur für die Unterzeichnerstaaten, was teilweise witzlos ist, da diese ja meist gar keine Atomwaffen besitzen. Ziel ist es aber auch durch den Vertrag Druck auf die Atommächte auszuüben, diesem beizutreten. Allerdings boykottieren diese den Vertrag schon seit Jahren.

Den Vertrag innerhalb der UN und des Sicherheitsrates durchzusetzen und so rechtlich bindende Konditionen zu schaffen, erscheint ebenfalls unmöglich, da die offiziellen



Atommächte (USA, RU, CH, UK, FR) diejenigen Mitglieder dort sind, die auch einen ständigen Sitz samt Veto-Recht inne haben. Ein Veto eines der 5 Staaten kann einen Antrag des Sicherheitsrates blockieren. Damit kann die Arbeit der 10 weiteren zweijährig wechselnden Mitgliedsstaaten zum Halten gebracht werden. Diese Erfahrung zeigt, dass die UN eine imperialistische Institution ist, auf die die Anti-Kriegsbewegung keine Hoffnung zu setzen braucht!

Kein Ende ohne Arbeiter_Innenklasse

Was in den Verträgen versucht wird festzuschreiben, ist zahnlos gegenüber den herrschenden Verhältnissen. Friedensverträge sind in der Vergangenheit entweder Ergebnisse eines Krieges gewesen, die den Sieg über den Besiegten, also die militärischen Machtverhältnisse politisch festschrieben oder aber sie wurden zur Verhinderung eines Krieges geschlossen. Wer in die Geschichte schaut, weiß: Oft waren Friedensverträge nur Vorboten des Krieges. Beim ersten wie dem zweiten Weltkrieg gingen zahlreiche Verträge dem Morden voraus.

Kriege sind die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Alle Nationen stehen in Konkurrenz zueinander, denn: Politik wiederum ist die Fortsetzung wirtschaftlicher Konkurrenz mit anderen Mitteln. Kapitalistische Staaten werden sich immer wieder um eine Aufteilung von Ressourcen, Absatzmärkten, Einflussgebieten usw. bekriegen müssen.

Deswegen: Echter Antimilitarismus geht nur antikapitalistisch.

Was bedeutet:

Für die entschädigungslose Enteignung der Rüstungsindustrien unter Arbeiter_Innenkontrolle

Für die Zerschlagung sämtlicher bürgerlicher Armeen und imperialistischer Institutionen und Bündnisse (NATO, OVKS, Sicherheitspolitik der EU („Vertrag von Lissabon"), …)

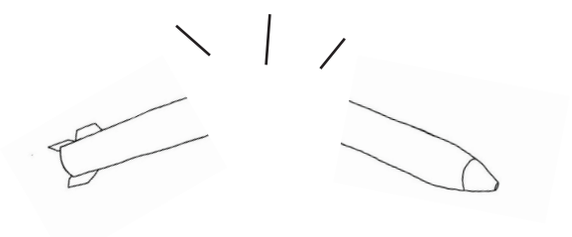
Für eine demokratische Arbeiter_Innenmiliz sowie die Rätemacht von Arbeiter_Innen und einfachen Soldat_Innen

Gegen alle „Friedensverträge", die doch nur die Unterdrückung der halbkolonialen Welt sichern oder den nächsten Krieg vorbereiten

Für die Zerschlagung der UN - Ersetzung durch einen wähl- und abwählbaren Welt-Arbeiter_Innenrat als höchste Instanz

Für die Abrüstung jeglicher nuklearer Bewaffnungssysteme durch demokratisch kontrollierte Komitees der Arbeiter_Innenklasse

Keine zivile Nutzung von spaltbarem Material – Atomkraft ist keine nachhaltige Zukunftstechnologie



Über Islamophobie und die Frage, ob es eine religiöse Revolutionärin geben kann

von Dilara Lorin

Antimuslimischer Rassismus, sogenannte Islamophobie ist in den letzten Jahren so dauerpräsent geworden, dass man irgendwie das Gefühl hat, er gehöre zum „guten Ton" der spätkapitalistischen Gesellschaft. Gerade aktuell ist in den Medien die Debatte wieder aufgeflammt: „Ist der Islam an sich rückschrittlich?". Wir wollen daher die Gelegenheit nutzen, um mit diesem, wie mit anderen Mythen mal wieder ein wenig aufzuräumen.
Vorab sei bemerkt, dass bei der Betrachtung von antimuslimischem Rassismus auch die Frage, was eigentlich „Islamismus" sei, eine große Rolle spielt, der wir jedoch in dieser Zeitung nicht den angemessenen Platz einräumen können und die wir daher in der nächsten Ausgabe behandeln wollen.

Was ist Islamophobie?

Islamophobie ist laut Wörterbucheintrag die Abneigung gegen den Islam (und seine Anhänger_Innen) und die negative, feindliche Einstellung gegenüber Muslim_Innen. Politisch diente das Schüren von Islamophobie dazu jedes imperialistische Eingreifen und sogar Besetzung und Kriege in der muslimischen Welt zu rechtfertigen, ebenso wie den staatlichen Rassismus im eigenen Land, d.h. repressive Gesetze und sonstige Unterdrückung gegen nationale oder religiöse Minderheiten. Antimuslimischer Rassismus ist im

Spätkapitalismus ein Hauptbestandteil imperialistischer Ideologie geworden. Ihm bedienen sich auch rechtspopulistische Kräfte wie AfD, Marine Le Pen, FPÖ und andere, die ihn nutzen um ihre rassistischen Propaganda darauf aufzubauen. Auch wenn Islamophobie als relativ neues Phänomen erscheint, wurzeln viele der heute präsenten Bilder tief in der europäischen Geschichte. Darstellungen des Orients als primitiv, rückständig und despotisch im Vergleich zum modernen und aufgeklärten Westen oder das in Europa verbreitete Schreckbild des expandierenden Osmanischen Reiches als Bedrohung des christlichen Abendlands haben eine lange Geschichte und werden im modernen antimuslimischen Rassismus oftmals wieder aufgegriffen und auf die „Rasse", „Natur" oder „Kultur" der Betroffenen zurückgeführt. In Westeuropa und Nordamerika führt er zu rassistischer Agitation gegen Immigirant_Innen aus dem Nahen Osten, dem indischen Subkontinent und Ostafrika geworden.
Er führt dazu, dass Grenzen geschlossen werden, Überwachung der Bevölkerung zunimmt, Attentate auf Migrant_Innen zunehmen und vieles mehr.

Wie auch andere Spielarten von Rassismus hat Islamophobie in imperialistischen Ländern die Funktion, dass ein Teil der Arbeiter_Innenklasse noch schlechter bezahlt wird als die anderen und daher als Lohndrücker_Innen wirkt. Darüber hinaus werden die Arbeiter_Innen gegeneinander ausgespielt, anstatt gemeinsam für ihre Interessen einzustehen.

Hintergrund in der Weltordnung

Schauen wir uns die heutigen Staaten im Nahen/Mittleren Osten an, erkennen wir schnell, dass sie von westlichen Medien als zurückgeblieben, barbarisch angesehen werden und diese Zuschreibung auch immer einhergeht mit einer islamfeindlichen Anschauung. So als würde gerade der Islam diese Zurückgebliebenheit der Regionen verursachen. Dabei sind diese Staaten, weil sie Halbkolonien sind, wirtschaftlich künstlich unterentwickelt, d.h. die imperialistischen Staaten, von denen sie abhängen, wollen erst gar nicht, dass sie sich weiter entwickeln und am Ende noch wirtschaftlich unabhängig machen. Mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit, können auch die Staaten gar nicht selber entscheiden worin sie investieren, wird die Korruption erhöht und vor allem die Arbeiter_Innen, Jugendliche und Frauen leiden darunter und müssen unter unmenschlichen Lebensbedingungen leben und arbeiten und werden dabei systematisch ausgebeutet. Diese Perspektivlosigkeit, diese künstlich unterentwickelte Wirtschaft hat dabei nichts mit dem Islam zu tun, so wie es viele konservative, Rechte aber auch Bürgerliche behaupten, sondern schlicht und einfach mit der wirtschaftlichen Ausbeutung und dem imperialistischen Machtgefüge.

Es ist daneben kein Zufall, dass das Aufleben der Islamophobie im 21. Jahrhundert zeitlich mit der Intervention der USA in ölreiche aber muslimisch geprägte Regionen wie z.B. der Irak zusammenfällt. Die traditionelle islamische Kultur wurde so ein Brennpunkt US-imperialistischer Kritik – mit arroganten Aufforderungen, sich selbst zu modernisieren, d.h. zu verwestlichen. Doch genau das ist ein überhebliches, ekliges und unmögliches Verfangen. Denn Staaten die der Imperialismus von sich abhängig macht, können sich nicht aus den Fesseln befreien, unabhängig werden und entwickeln um „westlichen" Standards zu entsprechen.

Wenn man sich vor Augen führt wie die Mehrheit der Menschen auf dieser Welt lebt, meist ohne eine Zukunft, mit Krieg, Armut, Unterdrückung und Leid als ständigen Begleiter, steht für viele von Ihnen der Glaube an eine höhere Macht, an Gerechtigkeit und an ein besseres Leben nach dem Tod nicht weit. Es ist diese Hoffnung und die Kraft, die es ihnen ermöglicht das Leid zu ertragen. Darum dürfen wir als Revolutionär_Innen den religiösen, an einen Gott/Allah glaubenden Teilen der Arbeiter_Innenklasse nicht uninteressiert entgegenstehen.

Religion nur Opium fürs Volk?

Als Kommunist_Innen ist gleichzeitig der dialektische Materialismus unsere philosophische Grundlage, die daher im Widerspruch zu allen religiös-idealistischen Erklärungsansätzen steht. Das heißt jedoch nicht, dass nicht auch ein_e ehrliche_r Revolutionär_In sich rekreativ religiösen Ritualen widmen kann, wenn er_sie daraus Kraft schöpft. Religion bleibt also Privatsache, und wir sollten keine_n entschlossene_n Klassenkämpfer_In wegen seiner religiösen Vorstellungen zurückweisen.

Wofür wir aber einstehen und kämpfen müssen

ist die unbedingte Trennung von Religion und Staat, egal ob man Atheist_In, oder religiös ist, das heißt: keine religiös inspirierten Gesetze, keine Finanzierung von religiösen Schulen, kein verpflichtender Religionsunterricht, keine Zurschaustellung religiöser Symbole durch öffentliche Einrichtungen (wie zum Beispiel Kreuze in Schulen) und die Offenlegung aller Finanzquellen von religiösen Institutionen. Trotz freier Religionsausübung darf niemand in seinen demokratischen Rechten eingeschränkt werden. Wir verteidigen jede Person, die auf Grund ihrer Religion diskriminiert wird und stellen uns gegen jede Diskriminierung, die mit religiöser Überzeugung gerechtfertigt wird.

Wir verteidigen das Recht von Muslim_Innen, ihre Religion auszuüben und Moscheen zu erbauen. Ebenso haben Frauen das Recht, sich zu verschleiern, auch mit einer Burka, wenn sie es wollen. Dass wir für diese Freiheit zur Ausübung ihres Glaubens eintreten, geht für uns darüberhinaus Hand in Hand damit, gegen den Zwang zu kämpfen, dass sich Frauen und Jugendliche diesen oder jenen religiösen Vorstellungen wider eigenen Willens unterwerfen müssen.

In unserem Kampf, den wir gemeinsam führen, verfallen wir nicht islamfeindlichen Gedanken, sondern rufen die Arbeiter_Innenbewegung dazu auf ihren muslimischen Geschwistern beizustehen, wo sie unterdrückt werden. Auf diese Weise kann die Arbeiter_Innenbewegung den Einwander_Innen und religiösen Minderheiten in den imperialistischen Ländern demonstrieren, dass sie die demokratischste und fortschrittlichste Kraft ist und kann dadurch auch dem Islam seine Führungsrolle streitig machen.

Cardi B & co. -Sex Sells oder sexuelle Befreiung?

Von Sani Meier

Einer der erfolgreichsten Hip-Hop-Songs im Jahre 2020 war auch einer der am meist diskutierten, sodass, als letzten August "WAP" ("Wet Ass Pussy") von Cardi B & Megan Thee Stallion erschien, die Welt der Popkultur kurz stillstand. Während der Song in sozialen Medien wie TikTok direkt viral ging und sich wochenlang an der Spitze der internationalen Charts hielt, löste die explizite, sexpositive (= Bejahung einvernehmlicher Sexualität in all ihren Formen) Message innerhalb der Hiphop-Szene und der US-amerikanischen Politik eine hitzige Debatte aus. Gestritten wird darüber, ab wann offene, weibliche Sexualität vulgär und moralisch verwerflich ist. Wir gehen in diesem Artikel der Frage nach, warum diese Thematik überhaupt so kontrovers ist und welche Perspektiven Künstlerinnen wie Cardi B & Co. für eine befreite Sexualität von Frauen bieten.

„WAP" ist sicherlich nicht der erste Song seiner Art, sondern steht in einer Tradition sexpositiven weiblichen Hiphops von Künstlerinnen wie u.a. Lil Kim, Missy Elliott, Trina oder Nicky Minaj. Ihre Songs stehen dafür, dass Frauen Sex haben können, wann und wie sie wollen und dabei ihr eigenes Vergnügen im Zentrum steht. Eine Perspektive, die in unserer patriarchalen Gesellschaft üblicherweise tabuisiert und beschämt wird, vor allem wenn sie von Frauen selbst aufgeworfen und gelebt wird. Das wird vor allem daran deutlich, dass männliche Künstler völlig ungehemmt über ihre Sexualität reden können, selbst wenn ihre Inhalte dabei Gewalt gegen Frauen verherrlichen. Deutschrapper wie die „187 Straßenbande" beispielsweise sprechen in ihren Texten davon, Frauen mit K.O.-Tropfen zu betäuben, um sie später zu vergewaltigen und werden dafür höchstens aus feministischen Kreisen kritisiert. Währenddessen brechen sie Spotify-Rekorde und profitieren somit materiell von der sexuellen Unterdrückung von Frauen. Es macht also offensichtlich einen Unterschied, wer über Sexualität sprechen darf- Warum ist das so?

Weibliche Sexualität wird in unserer Gesellschaft stark reglementiert und unsichtbar gemacht.

Weibliche Sexualität wird in unserer Gesellschaft stark reglementiert und unsichtbar gemacht. Um zu verstehen, warum das so ist und wer davon profitiert, müssen wir zu den Ursprüngen des Patriarchats zurückgehen. Kurz zusammengefasst lässt sich historisch eine gesellschaftliche Ungleichbehandlung von Frauen ab dem Zeitpunkt nachweisen, an dem Menschen anfingen, sesshaft zu werden und Privateigentum zu besitzen. Ab diesem Zeitpunkt spielte also auch die Vererbung genau dieses Eigentums eine wichtige Rolle und dies geschah meist über die Erblinie des Vaters. Um eine korrekte Vererbung zu gewährleisten, musste also eindeutig nachweisbar sein, welche Kinder zu welchem Vater gehörten. Ohne moderne Techniken der Vaterschaftstests oder ähnlichem bedeutete dies die Einführung der Monogamie- für Frauen. Nur wenn es sicher war, dass Frauen nur mit ihren Männern Sex hatten, war eine Vaterschaft eindeutig nachweisbar. Was ihre Männer währenddessen machten, wurde erst deutlich später relevant. Es gab also eine materielle Notwendigkeit dafür, dass Frauen ihre Sexualität nicht mehr frei auslebten, sondern einzig auf ihren Partner oder Ehemann beschränkten. Dass ihre Bedürfnisse möglicherweise ganz andere waren, musste negiert und unterdrückt werden. Die Auswirkungen dessen spüren wir noch heute: Weibliche Körper werden von klein auf durch Politik, Gesetze und kulturelle oder religiöse Vorstellungen fremdbestimmt. Frauen wird anerzogen, sich für ihre Sexualität und Körper zu schämen, ihre „Reize" zu zügeln. Abweichendes Verhalten wird moralisch abgewertet, was sich unter anderem daran zeigt, dass ein Großteil aller sexistischen Beleidigungen für Frauen auf ihre ungehemmte Sexualität abzielt. Diese Vorstellungen sind oft so verinnerlicht, dass sich Frauen dahingehend selbst und gegenseitig überwachen.

Aber nicht nur vor einigen Jahrtausenden, sondern auch heute noch ist genau diese Kontrolle im Interesse des kapitalistischen Systems: Indem aus Frauen sexuell passive Wesen gemacht werden, lassen sie sich besser kontrollieren und fügen sich einfacher in ihre zugeteilte gesellschaftliche Funktion der Reproduktion ein. Im Rahmen der bürgerlichen Kleinfamilie sollen sie im besten Fall möglichst viele Kinder kriegen und Fürsorge für andere leisten. Für sexuelle Selbstverwirklichung bleibt da kein Platz. Sex wird als Aktivität erlebt, die den eigenen Körper zwar involviert, aber dem eigenen Vergnügen wenig bis keinen Stellenwert einräumt. An der aktuellen Kontroverse zeigen sich zusätzlich auch rassistische Aspekte, denn vor allem schwarze Frauen sind stark eingeschränkt in den Möglichkeiten ihrer sexuellen Selbstbestimmung. Besonders ihre Darstellung in pornographischen Filmen hat einen Stereotyp der „ungezügelten & wilden schwarzen Sexualität" erschaffen, den es zu „zähmen" gelte.

Vor diesem Hintergrund ist es also nicht mehr überraschend, dass Künstlerinnen wie Cardi B & Megan Thee Stallion vor allem in Zeiten von Krise und sexistischen Rollbacks Wut ernten, denn ihre Texte fordern die Kontrolle über sexuelle Narrative und ihre Körper zurück. Dies ist ein großer Fortschritt hinsichtlich der Frage, wer über weibliche

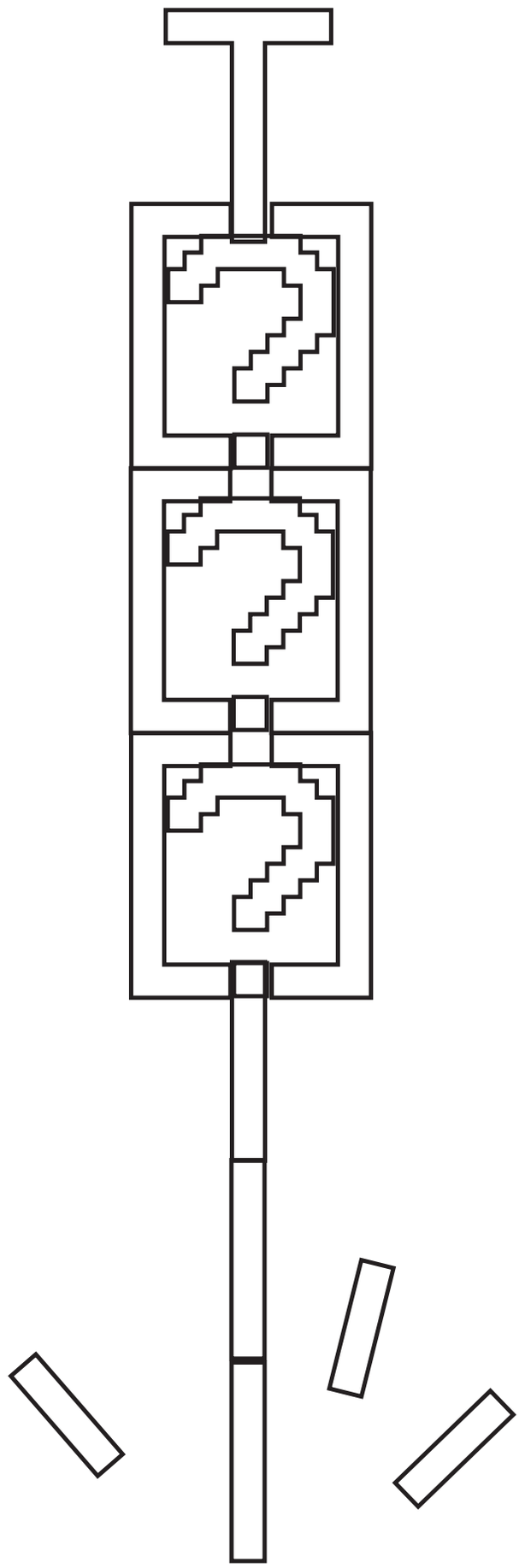
Sexualität sprechen und von ihr profitieren darf, allerdings muss es bis zu einem bestimmten Punkt auch als das bewertet werden, was es ist: Ein Produkt auf dem kapitalistischen Markt, welches möglichst viel Profit einbringen muss. So ist es zwar sicherlich relevant, dass die Künstlerinnen zwei Women of Colour sind, die ihre Sexualität und Körper in ihrer Musik thematisieren, anstelle von männlichen Künstlern, die diese Themen lediglich für ihren Profit nutzen, indem Frauen als Accessoires in ihren Musikvideos auftauchen. Allerdings stehen auch sie unter dem Druck, sich selbst möglichst erfolgreich zu vermarkten, was in unserer Gesellschaft leider am effektivsten über „sex sells“ funktioniert. Der Text ist auch ziemlich auf sexuelle und Schönheitsklischees der bürgerlichen Gesellschaft ausgelegt (Frauen mit enger Scheide, und Männer mit großem Penis), und so dürfte ihr Erfolg auch zum Teil durch die damit erreichte Provokation zu erklären sein. Wie bereits vorher ausgeführt, liegt der Ursprung der sexuellen Unterdrückung der Frau im Kapitalismus selbst und kann deshalb auch nur im Kampf gegen diesen überwunden werden. Empowernde Texte können diesen vielleicht unterstützen, indem sie das Bewusstsein der Konsument_Innen beeinflussen, sie können ihn aber nicht ersetzen. Im Gegenteil kann es bei sehr sexistisch eingestellten Menschen und insbesondere mackerhaften Männern, auch zu einer vermehrten Ablehnung oder noch vermehrten Objektivierung des weiblichen Körpers führen, während es insbesondere Frauen natürlich auch ermutigen kann. Dennoch wird es die sexistische Unterdrückung nicht beenden, weil es ihre Ursache nicht angreift. Es braucht also eine revolutionäre Perspektive, die die materielle Grundlage dieser Gesellschaft als Ganzes verändert und nicht nur die Musik, die höchstens die Reproduktion dieser verhindern kann.

Ihre Texte fordern die Kontrolle über sexuelle Narrative und ihre Körper zurück.

Trotzdem lassen sich einige positive Effekte festhalten: So ist das klare Aussprechen sexueller Wünsche auch ein wichtiger Bestandteil von sexuellem Konsens und Texte, dies das thematisieren, könnten dabei helfen, einen offenen Umgang damit zu normalisieren. Wenn du noch mehr zum Thema Konsens wissen willst, haben wir in dieser Zeitung auch einen ganzen Artikel dazu geschrieben:„Let's talk about Sex: über Konsens reden – Aber wie?“ . Weiterhin brechen sie mit dem Anspruch, dass alle von der Sexualität von Frauen profitieren können, außer sie selbst und machen weibliche Perspektiven, Wünsche und Fantasien sichtbar. In einer Gesellschaft, in der sich sexuelle Medien wie Musik und Pornographie vor allem an ein männliches Publikum richten, bieten sie Identifikationsfläche für viele junge Frauen und erschaffen Narrative, in denen sie nicht nur passive Teilnehmerinnen sind, sondern selbst aktiv ihre Lust in den Fokus stellen.

Corona Impfstoff:

Das Wundermittel gegen die Krise?



Von Marcel Möbius

Auch wenn inzwischen wieder härtere Lockdown-Maßnahmen verhängt wurden, lassen die internationalen Infektionszahlen leider wenig Raum für Hoffnung auf ein Ende der Corona-Pandemie. Die USA, Brasilien und Indien sind weiterhin Spitzenreiter der Neuinfektionen und Großbritannien kämpft mit einer Mutation des ursprünglichen SARS-Virus, die weitaus ansteckender sein soll als bisher. Insgesamt haben sich weltweit bisher rund 70 Millionen Menschen infiziert, wovon rund 1 Millionen an den Folgen starben. Die Folge dessen ist eine enorme Belastung für die Arbeiter_Innen im Care-Sektor.

In Deutschland sind die Infektionszahlen damit wieder auf einem Höchststand, wie zuletzt im Mai diesen Jahres. Die zweite Welle ist also voll angekommen und sie ist härter als die erste.

Konkurrenz statt Kooperation:

Was den Impfstoff angeht: Während die Suche danach lief, gab es kaum internationale Zusammenarbeit. Durch den Konkurrenzdruck versuchte jedes Land, als erstes einen Impfstoff zu entwickeln, um diesen dann möglichst profit-

bringend an andere verkaufen zu können. Mittlerweile hat sich der Impfstoff des deutschen Unternehmens Biontech in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Partner Pfizer als wahrscheinlichster Kandidat für die Zulassung in Deutschland herausgestellt.

Gegen SARS-CoV-2, das erst seit etwa Neujahr 2020 bekannt ist, sind binnen kurzer Zeit laut der Weltgesundheitsorganisation WHO mindestens 214 (Aufstellung vom 08.12.2020) Impfstoffprojekte weltweit angelaufen. In der Liste der Unternehmen finden sich vorrangig Pharmakonzerne aus imperialistischen Staaten, da es natürlich gewisse Grundbedingungen braucht, um ein solches Projekt angehen zu können: Zum einen benötigt man große Mengen an Kapital, um diese Forschung zu finanzieren. Zum anderen benötigt man eine entsprechend gut ausgebaute Bildungs- und Infrastruktur, um dieses Projekt effektiv angehen zu können, wozu man eben entsprechend gut ausgebildetes Personal benötigt. Und natürlich forschen die Pharmakonzerne nicht aus gutem Willen am Impfstoff: Zum einen gibt es das ökonomische Interesse bürgerlicher PolitikerInnen, die Wirtschaft nicht länger einschränken zu müssen, sodass diese möglichst bald wieder ihre Produktion uneingeschränkt aufnehmen kann. Zum anderen wollen die Unternehmen selbst, die die Forschung vorantreiben, den Impfstoff möglichst gewinnbringend verkaufen.

Zum Impfstoff selbst:

Bei dieser Corona-Variante erweisen sich vor allem die RNA-Impfstoffe als effektiv. Der Impfstoffkandidat von Biontech ist ein RNA-Impfstoff und verspricht eine Wirksamkeit von 95%, nachdem er zwei Mal verabreicht wurde. Diese RNA-Impfstoffe gehören zu den ersten ihrer Art, sodass es nicht sicher abzusehen ist, was sie für Langzeitnebenwirkungen haben könnten, auch wenn deren Wirkweise (mRNA) schon lange bekannt ist:

Diese Impfstoffe enthalten Teile der Erbinformation des Virus in Form von RNA, die den Bauplan für ein oder mehrere Virusproteine bereitstellen. Nach der Impfung wird die RNA von einigen wenigen menschlichen Körperzellen aufgenommen. Die Körperzellen nutzen die RNA als Vorlage, um die Virusproteine selbst zu produzieren. Da aber nur ein Bestandteil des Virus gebildet wird, ist ausgeschlossen, dass auf diesem Weg komplette vermehrungsfähige Viren entstehen können. Die neu gebildeten, ungefährlichen Virusproteine werden als Antigene bezeichnet, denn sie aktivieren das Immunsystem und erzeugen so die schützende Immunantwort.

Der Impfstoff schützt uns nicht vor kapitalistischer Ungleichverteilung:

Zwar darf man sich natürlich nicht durch Verschwörungstheorien um Bill Gates, implantierte Chips oder Ähnliches blenden lassen. Die Wirkungen der Impfstoffe werden gut erforscht und ihre kurzfristigen Nebenwirkungen damit einhergehend auch. Da die Wirtschaft allerdings nicht zu sehr gehemmt werden darf, können keine Langzeitfolgen erforscht werden. Dies bedeutet ein Risiko auf weitere langfristige Nebenwirkungen für die Bevölkerung, das durch die Profitinteressen verschuldet wird. International betrachtet zeigt sich dies noch deutlicher, da beispielsweise in Russland im November bereits mit den Impfungen begonnen wurde. Bis Jahresende 2020 sollen hier 400.000 Militärangehörige gegen das Virus geimpft sein.

Dies führt direkt zur nächsten Diskrepanz im Zusammenhang mit dem Impfstoff, da nicht überall zuerst gefährdete Menschen geimpft werden sollen, sondern auch Polizist_Innen und Angehörige des Militärs. Hier sieht man, wo die Prioritäten bürgerlicher Politik liegen. Beispielsweise hat die bayerische Landesregierung am 10. Dezember geäußert, zuerst Polizist_Innen impfen zu wollen, wenn ab dem 03. Januar womöglich der Impfstoff zur Verfügung steht. Der Aussage schlossen sich neben Bundesinnenminister Horst Seehofer auch die Innenminister der Landesregierungen von Hamburg, Baden-Württemberg und Niedersachsen an. Die Gesundheit von Polizist_Innen ist für sie einzig und allein so wichtig, um auch in Pandemiezeiten das Recht auf Profit und Eigentum weiter durchsetzen zu können.

Noch stärker stellt sich die Ungleichverteilung des Impfstoffes international heraus. Dies manifestierte sich beim jüngsten, digitalen G20-Treffen. Dort haben sich fast alle imperialistischen Zentren gegen einen Antrag von Südafrika und Indien gestellt, der durch China unterstützt wurde. Dieser Antrag widerspricht dem bis heute gültige TRIPS-Abkommen, welches seit 1995 international das Patent- und Eigentumsrecht bezüglich Medikamenten und Impfstoffen garantiert, um die Profite der Pharmakonzerne durch den Verkauf oder dem Gewähren von Produktionsrechten zu garantieren. Südafrika und China hatten hierfür im Falle von COVID-19-Produkten eine Ausnahmeregelung beantragt, die allerdings von den anderen G20-Mitgliedsstaaten abgelehnt wurde.

Daneben, dass sich China gerne mal als Anwalt der kleiner Länder darstellen will, begründet sich dies dadurch, dass China bereits einen Impfstoff besitzt und diesen billig und massenhaft auf dem Weltmarkt verkaufen wollte, um selbst die größten Profite zu erlangen und die anderen Staaten niederzukonkurrieren. Die anderen Mitgliedsstaaten der G20 wollen vor allem zu einem hohen Preis sowie die Patentrechte verkaufen und haben dies durch eine Öffnung der Patente bedroht gesehen. Da eine Aussetzung abgelehnt wurde, werden sich halbkoloniale Staaten den Impfstoff nicht leisten können, um ihre Bevölkerung damit zu versorgen. In Staaten ohne gesetzliche Krankenversicherung, wie den USA, wird dies auch für große Teile der Arbeiter_Innenklasse bedeuten, dass sie keinen Zugang zum Impfstoff haben werden. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass sich imperialistische Länder wie die USA oder Kanada laut Informationen der OECD bis zu 7,5 Mal mehr Impfstoff gesichert haben, als sie Einwohner haben. Dadurch wird eine Bekämpfung des Virus' verhindert, da er sich in vielen Ländern weiter verbreitet, mutiert und damit weltweit gefährlich bleibt.

Hieran zeigt sich, dass alleine durch die Entwicklung eines Impfstoffs die Widersprüche des Kapitalismus und die damit verbundene Krise nicht gelöst werden können und dass das Problem stets das Privateigentum an den Produktionsmitteln bleibt. Dieses muss gebrochen werden, um die Versorgung der Arbeiter_Innenklasse mit Medikamenten und Impfstoffen weltweit gewährleisten zu können. Es braucht die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung weltweit. Hier kann eine Produktion aufgebaut werden, die sich an den Bedürfnissen der Patient_Innen orientiert. Räte aus Ärzt_Innen, Pfleger_Innen und Patient_Innen sollten die Verteilung und Koordinierung dessen übernehmen. Die Impfstoffforschung sollte nicht an mehreren Orten parallel ablaufen, sondern durch die Räte international koordiniert werden, um eine effektivere Forschung gewährleisten zu können. Die Forschung wäre in einer sozialistischen Gesellschaft nicht durch die Fortsetzung der Produktion unter Profitzwang abgekürzt, sondern würde Langzeitfolgen abschätzen um die gesundheitlichen Risiken für die Bevölkerung zu minimieren.

Hierzu fordern wir:

- Krankenversicherungen für alle international – jeder muss Zugang zu Medikamenten, Masken, Behandlungen und Impfstoffen erhalten!
- Für die Aufhebung von Patentrechten auf Medikamente und Impfstoffe zur Versorgung der Weltbevölkerung ohne Rücksicht auf Profitinteressen!
- Für die entschädigungslose Enteignung und Vergesellschaftung der Pharmaindustrie unter internationaler Arbeiter_Innenkontrolle!
- Für die internationale Koordinierung der Impfstoffforschung durch ein Antikrisenkomitee aus Arbeiter_Innen (insbesondere aus dem Care-Sektor), Forscher_Innen und Patient_Innen!

Für ein revolutionäres Corona-Schulprogramm!

Von Clara Roth

Wie von der Wissenschaft vorhergesagt, ist seit Anfang Oktober eine zweite Pandemiewelle in vollem Gange, welche nun in der kalten Winterzeit mit aller Härte zuschlägt und die erste Märzwelle nicht nur hinsichtlich der Zahl täglicher Neuinfektionen, sondern inzwischen leider auch im Hinblick auf Hospitalisierungs- und Todeszahlen weit in den Schatten stellt. Vielerorts droht das überlastete Gesundheitssystem zu kollabieren. Die zögerliche Antwort der Politik erschöpft sich indes in einem halbherzigen Lockdown.

Lockdown light: So tun, als würde man die Pandemie effektiv bekämpfen

Anders als beim ersten Lockdown, wo nicht nur Schulen, sondern auch die meisten Geschäfte, Einrichtungen und Betriebe geschlossen wurden und somit die Mehrheit automatisch zu Hause blieb, beschränkte sich der Lockdown light lediglich auf Bereiche wie Kultur, Gastronomie und Gemeinschaftssport. Dazu werden Kontaktverbote ausgehängt, was unsere Freizeit massiv einschränkt, während in der Arbeitswelt die Pandemie weitgehend ignoriert wird. Scheinbar gilt das Infektionsrisiko nur in Freizeiteinrichtungen und Restaurants, denn während all jene Einrichtungen rigoros geschlossen werden, blieben Schulen viel zu lange uneingeschränkt offen, die Menschen müssen weiterhin in allen übrigen Sektoren zur Arbeit gehen und der Einzelhandel durfte das ersehnte Weihnachtsgeschäft wochenlang ungestört abwickeln. Dementsprechend sind die öffentlichen Verkehrsmittel weiterhin überfüllt und in Innenstädten sammeln sich enorme Menschenmassen an. Es ist eine dreiste Zumutung, dass in Zeiten einer tödlichen Viruspandemie 30 und mehr Schüler_Innen samt Lehrer_In täglich mehrere Stunden in Klassenzimmern verbringen müssen.

Derzeit haben wir es also mit einseitigen und teils radikalen Einschnitten ins Privatleben der Menschen zu tun, während für Schulen und Betriebe viel zu lange business as usual galt. Ein derartiger Freizeit-Lockdown ist nicht nur augenscheinlich absurd, sondern verfehlt auch erwartungsgemäß das vorgegebene Ziel der effektiven Pandemie-Eindämmung, wie die besorgniserregenden Zahlen der letzten Wochen unter Beweis stellen. Warum wählt die Politik dennoch einen solchen Weg?

Dass die Schulen offen blieben, hatte nicht etwa den Grund, sozial schwächeren unter die Arme zu greifen, wie oft von den Politiker_Innen behauptet wird. Vielmehr steckt in der Hauptsache folgende Verwertungslogik dahinter: Blieben Schüler_Innen zu Hause, könnten viele Eltern nicht zur Arbeit gehen und so auch nicht für den Profit der Unternehmer_Innen schuften. Zudem darf der Zufluss qualifizierter Arbeiter_Innen nicht abreißen, weswegen wir weiterhin brav zur Schule gehen und Prüfungen schreiben sollen, um schneller auf dem Markt verfügbar zu sein. Der Lockdown, in dem wir uns befinden, richtet sich in erster Linie nach den Interessen der Wirtschaft. Für sie ist bei der Pandemiebekämpfung die Verlagerung der Verantwortung auf die Menschen und insbesondere auf Jugendliche schlicht und einfach viel kostengünstiger. Jugendliche und ihr Freizeitverhalten für die Pandemiewelle verantwortlich zu machen, kostet die Wirtschaft nichts und lenkt gleichzeitig von Betrieben als entscheidenden Quellen der Virusausbreitung ab. So müssen wir als Sündenböcke für steigende Infektionszahlen geradestehen, während die eigentlichen Ursachen der weiteren Ausbreitung verkannt werden und einige Konzernchef_Innen sogar profitieren von der Krise. Das ist ein weiterer Ausdruck massiver Jugendunterdrückung. Um die Öffnung der Schulen zu rechtfertigen, werden die Infektionsrisiken in Kitas und Schulen systematisch kleingeredet und die außerordentliche Gefahr für Schüler_Innen, Lehrer_Innen und deren Familien in gewissenloser Weise ignoriert.

Wie der erste Lockdown verdeutlicht hat, liefert die alleinige Schulschließung keine befriedigende Lösung. So traf die erste flächendeckende Schulschließung sozial Benachteiligte wesentlich härter als alle anderen, die Häufigkeit häuslicher Gewalt stieg enorm an und besonders Jugendliche aus materiell schlechter gestellten Haushalten wurden von der Politik links liegen gelassen. Darüber hinaus versäumte die Politik, die Atempause der warmen Monate zur Ausarbeitung effektiver und einheitlicher Hygienekonzepte für Schulen zu nutzen, sodass sich Lehrer_Innen und Schüler_Innen nun in derselben desolaten Lage wiederfinden wie zu Beginn der Pandemie.

Welches Programm brauchen wir nun für die Schulen?

Wenn wir eine menschliche Schulpolitik wollen, dürfen wir nicht die Profite der Wirtschaft über unsere Gesundheit ordnen lassen. Die Entscheidung, ob eine Schule geschlossen wird, muss sich vor allem nach den Bedürfnissen derjenigen richten, die sich täglich dort aufhalten, und nicht nach den Interessen der Wirtschaft. Über unsere Gesundheit müssen wir selbst entscheiden dürfen, anstelle von Bildungsausschüssen und Lobbygruppen, deren Entscheidungen vorrangig von wirtschaftlichen Überlegungen geleitet sind. Es werden folglich demokratische Krisenkomitees aus Schüler_Innen, Lehrer_Innen, Eltern und Virolog_Innen benötigt, die gemeinsam die Entscheidung über eine Schulschließung fällen und gemeinsam über Hygienebestimmungen entscheiden und deren Einhaltung selbst kontrollieren. In diesem Zusammenhang stehen wir für folgende konkrete Forderungen ein und rufen dazu auf, mit vereinten Kräften dafür zu kämpfen:

- Mehr Unterrichtsräume! Wenn nötig durch Neubau oder Beschlagnahmung von leerstehenden Gebäuden, es war auch schon vor der Pandemie nicht ausreichend Platz vorhanden.
- Mehr Personal! Sowohl neue Lehrer_Innen, Sozialarbeiter_Innen, pädagogische Assistenzkräfte und Sonderpädagog_Innen als auch Personal in der Verwaltung und Instandhaltung müssen neu eingestellt werden.
- Deutlich kleinere Klassen! Nicht mehr als 12 Schüler_Innen sollen gleichzeitig unterrichtet werden. Alles andere ist aus gesundheitlicher Sicht unverantwortlich und aus pädagogischer Sicht beschämend in einer Gesellschaft mit derartigem Reichtum.
- Freistellung ohne Diskussion! Es muss in allen Bundesländern die Möglichkeit gegeben sein, sich ohne Attest vom Unterricht freizustellen und am Fernunterricht teilzunehmen, damit Schüler_Innen und Angehörige ausreichend geschützt sind.
- Kostenlose Schnelltests, FFP3-Masken und Desinfektionsmittel! Einem Land, das genug Geld für hochentwickelte Tötungsmaschinen wie Drohnen hat, muss es gelingen, alle Bürger_Innen mit FFP3-Masken zu versorgen.
- Kostenlose Lernmittel und Endgeräte! Allen, die von zu Hause am Unterricht teilnehmen wollen, muss dies ermöglicht werden. Zudem müssen Ausweichräumlichkeiten und betreuende Pädagog_Innen bereitgestellt werden.
- Aussetzung aller Prüfungen für dieses Schulhalbjahr! Lernen in der Pandemie darf für niemanden einen langfristigen Nachteil in der Schullaufbahn bedeuten.
- Reduzierung des Rahmenlehrplans! Krisenzeiten sind außerordentliche Zeiten und erfordern außerordentliche Lehrpläne, die gemeinsam durch Lehrer_Innen, Schüler_Innen und Eltern entworfen und kontrolliert werden.

Es ist aber auch wichtig, uns klarzumachen, dass wir unseren Kampf für die Verbesserung der Situation an Schulen nicht isoliert von Eltern und Lehrer_Innen führen können. Die Gewerkschaft der Lehrer_Innen, die GEW, hat viel berechtigte Kritik an der aktuellen Situation geübt und zum Teil auch zielführende Forderungen formuliert. Bis jetzt fehlt es ihr jedoch an den nötigen Strategien, um ihren progressiven Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, d.h. sie umzusetzen. Eine Gewerkschaft muss ihre Mitglieder mobilisieren, Personalversammlungen einberufen, über die Forderungen demokratisch diskutieren und streiken, wenn sie etwas erreichen will. Es ist unsere Aufgabe, mit der GEW zusammenzuarbeiten, um den nötigen Druck auf die Politik auszuüben, damit sich endlich etwas ändert. Auch Arbeiter_Innen und Auszubildende in Betrieben binden wir in unseren Kampf mit ein, deren Lebensgrundlage aufgrund der Krise noch mehr ins Schwanken gerät, und ermutigen sie zur Fortsetzung aller Tarifkämpfe auch und gerade in der Krise. Wir fordern substantielle staatliche Investitionen in Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, die Verpflichtung der Unternehmen zur Übernahme aller Auszubildenden, die Schaffung neuer Ausbildungsplätze, sowie die Streichung aller Mietschulden und die Bereitstellung von Wohnraum zum Selbstkostenpreis.

Die Kosten der Krise und des Kapitalismus:

Diese Forderungen sind selbstverständlich mit enormen Kosten verbunden. Wer soll das alles bezahlen? Wäre es nicht logisch und gerecht, dass zumindest in Krisenzeiten vorwiegend diejenigen zur Kasse gebeten würden, die Abgaben am leichtesten verschmerzen können? Während die Viruspandemie je nach Land und Region erhebliche Unterschiede im Verlauf aufweist, gibt es eine Gemeinsamkeit aller kapitalistischen Länder: Die Pandemie hat die Schere zwischen Arm und Reich tatsächlich noch weiter aufgestoßen. Wer aber nun damit rechnet, dass die Regierungen die Superreichen und Wirtschaftsgiganten als Profiteure dieser weltweiten Krise stärker an den Kosten derselben beteiligen, wird vermutlich schwer enttäuscht sein.

Die Viruspandemie wird mitverantwortet durch die kapitalistische Ausbeutung der Natur und dem fortschreitenden Eindringen der Zivilisation in wilde Ökosysteme, was die Übertragung tierischer Viren auf Menschen begünstigt. Aber nicht nur der Ursprung, sondern auch die verheerenden Folgen der Pandemie sind vor allem dem kapitalistischen System geschuldet. Jede Covid-Maßnahme im kapitalistischem Rahmen gleicht dem Versuch der Quadratur des Kreises: Einerseits muss man Menschen voneinander fernhalten und gleichzeitig für die Kosten ihrer Versorgung aufkommen, andererseits muss man die Wirtschaft am Laufen halten, wofür man genau diese Menschen in Betrieben, Schulen, Geschäften etc. zusammenführen muss. Dieser unlösbare Widerspruch entsteht, weil der Kapitalismus nur ein einziges Allheilmittel kennt: Gewinnmaximierung der Konzerne mit dem Versprechen, dass dadurch auch ein Plus für den Rest der Gesellschaft übrigbleibt. In der gegenwärtigen Krise stehen sich jedoch Gewinnmaximierung der Unternehmen und effektive Maßnahmen zur Pandemieeindämmung unversöhnlich entgegen, was die Regierungen vor schier unlösbare Aufgaben stellt. Die Absurdität des derzeitigen leichten Lockdowns ist daher kein Zufall, sondern bei einer solchen Konstellation programmiert und in vielen anderen kapitalistischen Ländern in ähnlicher Weise anzutreffen.

Die Covid-19-Pandemie ist nicht die erste und wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht die letzte Viruspandemie sein. Doch auch die nächste Pandemie wird den Kapitalismus in eine (vermutlich noch stärkere) Krise stürzen. Nicht weil die Politik lernresistent wäre, sondern weil eine Lösung innerhalb des kapitalistischen Systems schlicht und einfach nicht existiert.

Es ist also unsere Aufgabe, eine sozialistische Perspektive aufzuwerfen, um sowohl das Virus, als auch das weitaus mörderischere kapitalistische System zu überwinden!

Wer kommt für die Kosten der Krise auf?

Von Mareike Kombüse

Lange wurde die Krise beschworen, jetzt ist sie da: Bereits 2019 hat sich in einigen Bereichen der Industrie der wirtschaftliche Niedergang abgezeichnet. Mit der Pandemie hat sie sich auf die restliche Wirtschaft ausgedehnt und die Krise ungemein befeuert: Das erwartete Wirtschaftswachstum für 2020 in Deutschland liegt je nach Quelle zwischen -4,7% und -7,1%[1]. Sprich die Kosten der Krise sind enorm. Doch wer trägt sie? Ein Blick in die Nachrichten: Kurzarbeit, Massenentlassungen in der Gastronomie und bei Lufthansa, Coronaausbrüche bei Tönnies, Überstunden im Pflegebereich. Einige Beispiele von vielen, die bereits erahnen lassen, wen die Krise besonders hart trifft und wen nicht.

Der Schuldenberg wächst

Doch zunächst werfen wir einen Blick auf die Staatshilfen: Diese werden mehrheitlich zur Rettung großer Konzerne, wie z.B. Lufthansa mit 9 Milliarden Euro[2], genutzt. 9 Milliarden? Das klingt schon nach viel Geld? Insgesamt plant die Bundesregierung 400 Milliarden Euro alleine für die Rettung großer Konzerne auszugeben. Weitere 200 Milliarden sind im Rahmen von Kreditmaßnahmen eingeplant[3]. Das diese Milliarden nicht einfach gedruckt werden, sondern letzten Endes von jemanden getragen werden müssen, ist klar. Der Staat treibt diese Gelder mittels Steuern ein. Diese bezahlen zu einem großen Teil Arbeiter_Innen. Sprich die Rettung der Konzerne geschieht zu einem Teil auf Kosten derjenigen, die von eben denselben ausgebeutet werden. Dabei können wir aufgrund der Verschuldung von kommenden Steuererhöhungen ausgehen. Hierbei leiden in einem besonderen Maße diejenigen unter den Steuerabgaben, die in absoluten Zahlen ein besonders geringes Einkommen haben. Dort heißt es nämlich oftmals Schauen, wie die Miete überhaupt zu bezahlen ist, während es bei den Steuern der Kapitalist_Innen letztlich um die Frage geht, ob der Champagner 100 oder 80€ kostet.
Für die Aktionäre waren die Milliarden aber ein regelrechter Segen: 2020 wurden allein in Deutschland 43,8 Milliarden US-Dollar für das Jahr 2019 an Aktionäre ausgeschüttet[4]. Gleichzeitig erhalten viele dieser Konzerne enorme „Staatshilfen“. So hat BMW 1,6 Milliarden Euro Dividende ausgeschüttet und zugleich Kurzarbeit eingeführt. Die BASF schüttete 3,4 Milliarden Euro aus und erhält Milliarden Staatshilfen aus Großbritannien. Genauso Bayer mit 3,4 Milliarden Euro Ausschüttung und 670 Millionen aus einem britischen Nothilfefond[5]. Alles Beispiele dafür, wie der Kapitalismus es immer wieder schafft, Gewinne einigen wenigen zukommen zu lassen und Kosten auf die ökonomisch Schwachen abzuwälzen.

Als ob der übliche Stress nicht reicht

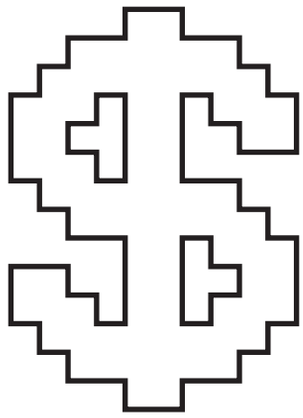
Die Arbeiter_Innen sind es auch, die aufgrund ihrer ökonomischen Abhängigkeit gegenüber ihren Ausbeuter_Innen oftmals dazu gezwungen sind, unter mangelnden Hygienebedingungen ihre Arbeit fortzusetzen. Bei Tönnies hat sich gezeigt, welche fatalen Folgen das bedeutet, denn es ist nicht bloß bei einem Corona-Ausbruch geblieben. Die Gesundheit der Arbeiter_Innen findet in der Profitlogik der Kapitalist_Innen keinen Platz.
Im Bereich der Care-Arbeit zeigt sich Ähnliches. Zwar ist die Hygieneversorgung im Vergleich besser, wenn auch nicht ausreichend, allerdings wird massiv Druck auf die Arbeiter_Innen ausgeübt, indem ihnen jede Menge Überstunden aufgebrummt werden und eine Intensivierung der Arbeit stattfindet. Eine späte Einmalzahlung von bis zu 1000€, die insgesamt 0,1 Milliarden Euro gekostet hat[6], ist bloß ein Tropfen auf den heißen Stein. Im Vergleich zu den 400 Milliarden Euro für große Konzerne ist es jedoch eine einzige Dreistigkeit - vor allem in Anbetracht der durch die Pflegearbeiter_Innen geretteten Menschenleben. Im folgenden Artikel zur Sonderzahlungslüge gibt es dazu noch mehr Hintergründe!
Eine zusätzliche Belastung stellte sich während der Corona-Krise für arbeitende Eltern, die auf der einen Seite während des Präsenzunterrichts ihrer Kinder Sorge um deren Gesundheit hatten und auf der anderen Seite während des schlecht organisierten Homeschoolings zusätzliche Unterstützung bereitstellen mussten. Schließlich fanden alle Schulprüfungen trotz der inadäquaten Vorbereitungsbedingungen statt.

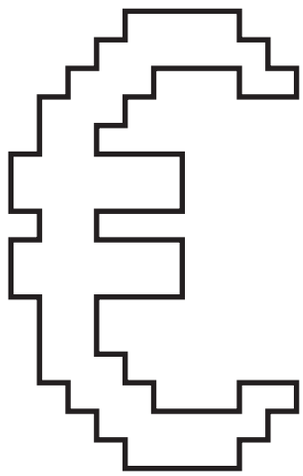
Was muss jetzt passieren?

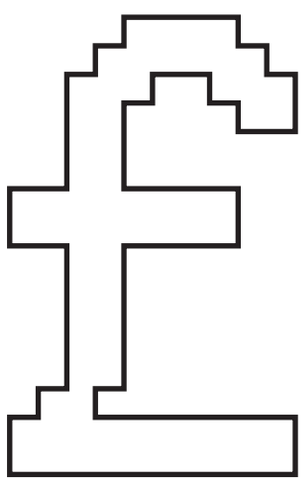
Insgesamt können wir also festhalten, dass mal wieder die Schwächsten am meisten unter der Krise leiden. Da hilft kein Klatschen und keine scheinheilige Einmalzahlung. Was den Arbeiter_Innen wirklich hilft, sind drastische Lohnerhöhungen und bessere Hygienebedingungen. Dabei wird es nicht ausreichen, den Staat nur auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen. Schließlich geschieht das ganze nicht unbemerkt, sondern ist gewollt. Historisch ist der Staat nämlich als „ideeller Gesamtkapitalist“ entstanden. Das heißt, er vertritt die allgemeinen Interessen aller Kapitalist_Innen zusammen. Konkret bedeutet das beispielsweise die Aufrechterhaltung

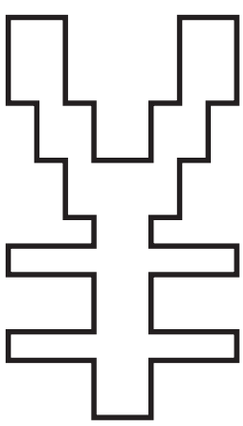
des Privateigentums an Produktionsmittel oder des Erbrechts. Auch wenn es sicher einige erkämpfte Rechte der Arbeiter_Innenklasse innerhalb des Staats gibt und wir diese auch weiter erkämpfen müssen, kann dieser Staat nicht so reformiert werden, dass wir tatsächlich eine gerecht Gesellschaft haben. Das Eingestehen gewisser Rechte diente nämlich einzig und allein der Beschwichtigung der sich wehrenden Arbeiter_Innenklasse. So erweisen sich diese oft als unvollständig und scheinheilig. Das Wahlrecht ist zum Beispiel derartig eingeschränkt, dass kaum von einer Demokratie die Rede sein kann: nur alle 4 Jahre wird gewählt, keine Rechenschaftspflicht, keine Abwählbarkeit, staatliche Kontrolle über die Bildungsinhalte, Lobbyismus und so weiter. So gelingt dem vermeintlich demokratischen Staat die Abwälzung der Kosten der Krise auf die Arbeiter_Innenklasse. Doch was können wir machen um das zu verhindern?

Um unsere Ziele höherer Löhne und besserer Hygienebedingungen zu erreichen, müssen wir uns kollektiv in den Unis, Schulen und Betrieben organisieren. Wir müssen die verschiedenen gesellschaftlichen Kämpfe zu einer gemeinsamen Bewegung gegen die Krise und ihren Auswüchsen aufbauen! Dabei brauchen wir Forderungen, die auch die Finanzierungsfrage beantworten. Wir brauchen eine starke Besteuerung derjenigen, die während der Krise Sonderprofite erzielten (Desinfektions- und Maskenhersteller). Gleichzeitig müssen wir die Ausschüttung von Dividenden verhindern und diese Gelder für bessere Hygienebedingungen und höhere Löhne in den systemrelevanten Sektoren nutzen. Allerdings werden das die großen Konzerne sicher nicht so einfach mit sich machen lassen. Sie drohen mit Stellenabbau oder Standortverlagerung, um ihre Interessen durchzusetzen. Das dürfen wir nicht zulassen. Kommt es dazu müssen wir die Konzerne bestreiken, die Kontrolle über die Produktion übernehmen und sie letztendlich enteignen. Nur so können wir Corona-Ausbrüche in den Fabriken wie bei Tönnies, die Abwälzung der Kosten auf uns und die Überlastung sowie schlechte Bezahlung der Arbeiter_Innen in systemrelevanten Sektoren beenden.









1 https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunkturprognose114.html [10.12.2020]

2 https://meta.tagesschau.de/id/145964/lufthansa-bekommt-milliardenhilfen-vom-staat [10.12.2020]

3 https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/wirtschaftsstabilisierung-1733458 [10.12.2020]

4 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/422114/umfrage/gesamtsumme-der-gezahlten-dividenden-in-deutschland/ [11.12.2020]

5 https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/trotz-wirtschaftskrise-und-staatshilfen-konzerne-schuetten-hohe-summen-an-aktionaere-aus/26173670.html [11.12.2020]

6 https://www.bundesgesundheitsministerium.de/pflegebonus.html [10.12.2020]

Frauen in systemrelevanten Berufen: Die 1000 € Sonderzahlungslüge

Von Mareike Kombüse

Wie bereits im vorherigen Artikel „Wer kommt für die Kosten der Krise auf?“ beschrieben, leiden die ökonomisch am schlechtesten gestellten Menschen am meisten unter der Krise. Besonders trifft das bei systemrelevanten Berufen, wie z.B. dem Einzelhandel, der Pflege oder der Sozialarbeit zu. Was diese Berufe gemeinsam haben ist nicht nur ihre Unterbezahlung, sondern auch ihre Zusammensetzung.

Pädagogisches Personal in Krippen, Kitas und Horten ist nur zu 3-15% männlich[1]. In der Pflege sind es ebenfalls um die 15% und im Einzelhandel arbeiten nur etwa 27% Männer, während sie jedoch ¾ aller Führungspositionen innehaben[2]. Es zeigt sich also, dass Frauen in systemrelevanten Berufen deutlich überrepräsentiert sind. Dabei sind die Arbeitsbedingungen besonders während der Krise schlecht und Unterbezahlung ist Standard. Während das durchschnittliche Einkommen hierzulande 3.994€ beträgt[3], bekommen Frauen in der Pflege bloß 2.315€, Männer 318€ mehr[4]. Als Erzieherin liegt das Gehalt bei durchschnittlich 2.450€[5] und im Einzelhandel bei Frauen bei nur 1.850€[6]. Die Unterbezahlung in diesen Berufen ist also enorm und insbesondere Frauen verdienen nochmal an die 10% weniger als Männer.

Das ist kein Zufall, denn in der patriarchalen Welt des Kapitalismus werden Frauen durch die üblichen Rollenbildern in diese prekäre Situation gedrängt: Das Bild von der „umsichtigen und unterstützenden“ Frau passt eher zu all den Berufen, in der zwar bitternötige Arbeit geleistet wird, die aber für Menschen und damit aus ökonomischer Sicht für Arbeitskraft sorgt (Reproduktionsarbeit), statt Waren im engeren Sinne herzustellen. Da sich Pflege, Erziehung und Einzelhandel deutlich schlechter verwerten lässt, z.B. weil es nicht exportiert oder durch technische Investitionen leicht optimiert werden kann, sind die Löhne direkt niedrig angesetzt. Aber selbst im gleichen Beruf haben Männer bessere Chancen: Zum einen besteht für den Chef nicht die Gefahr, dass sie durch Schwangerschaft ausfallen, zum anderen hemmt Frauen das „brave und zurückhaltende“ Ideal in Streits und Verhandlungen um den eigenen Lohn. Wir fordern dem bezüglich unbedingt eine Angleichung unter Kontrolle der Beschäftigten und die transparente Offenlegung der Löhne aller!

Tropfen auf den heißen Stein

Eine Einmalzahlung von bis zu 1000€ im Pflegebereich ist eine Farce, denn selbst mit ihr ist das Gehalt aus dem einen entsprechenden Monat immer noch weitaus niedriger, als das durchschnittliche Gehalt. Außerdem bekommen die allermeisten Beschäftigten viel weniger bis gar nichts. Es handelt sich bei der Einmalzahlung also nicht einmal um eine einmalige durchschnittsangleichende Zahlung, geschweige denn um eine „gerechte“ Sonderzahlung für die zusätzlichen Belastungen während der Krise, wofür die Bundesregierung sie verkauft. Berücksichtigt man die Millarden, die in Konzerne fließen, die danach trotzdem massenhaft Stellen abbauen, darf man also in den Staat kein Vertrauen hegen.
Dabei springt eine Sache aus den Statistiken ins Auge: Je nach Branche verdienen diejenigen Arbeiter_Innen in den systemrelevanten Berufen, die eine Tarifanbindung haben, zwischen 9 und 24% mehr Geld[7]. Daraus ergeben sich zwei Dinge: Erstens lohnt es sich, sich zu organisieren und kollektiv für höhere Löhne zu kämpfen. Zweitens scheinen die Gewerkschaftsführungen nicht in der Lage zu sein, eine auch nur annähernde Angleichung der Löhne in diesen Branchen an das durchschnittliche Einkommen zu erkämpfen. Die Arbeitskämpfe in diesen Berufen müssen als Teil der Antikrisenbewegung aufgegriffen und organisiert und die Gewerkschaftsführungen unter Druck gesetzt werden, denn in der momentanen Situation tun sich hier besondere Chancen auf: In dem vergangenen Jahr wurde klar, welche Rolle die beschriebenen Personen für den Staat und den Kapitalismus haben. Zum einen kann die „Systemrelevanz“ genutzt werden, um flächendeckend zu organisieren und dann effektiv zu streiken, um bessere Arbeitsverhältnisse zu erhalten. Zum anderen besteht eine große gesellschaftliche Solidarität, bei der aus Klatschen aus dem Fenster ganz schnell auch Backpfeifen für die Kapitalist_Innen im Arbeitskampf werden können. Denn wir wollen alle ein funktionierendes Pflege- und Gesundheitssystem und das funktioniert am besten mit zufriedenen Arbeiter_Innen und zwar fernab der Profitlogik!

---

1 https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/mehr-maenner-in-kitas-erwuenscht/ [13.12.2020]

2 https://www.n-tv.de/wirtschaft/Frauen-im-Einzelhandel-sind-selten-Chefin-article21935339.html [13.12.2020]

3 https://de.statista.com/themen/293/durchschnittseinkommen/

4 https://www.lohnspiegel.de/pflegeberufe-13899.htm

5 https://www.lohnspiegel.de/erzieher-innen-13912.htm

6 https://www.lohnspiegel.de/verkaeufer-in-im-einzelhandel-13893.htm

7 Siehe Links vom „Lohnspiegel“

Solidarität mit dem Generalstreik der indischen Gewerkschaften!

Martin Suchanek Gruppe Arbeiter_Innenmacht, 26. November 2020, gekürzt und aktualisiert von Leila Cheng Revolution, 21. Dezember 2020

Seit dem Morgen des 26. November bis zum Abend des 27. November erfasste ein weiterer Generalstreik Indien. Die Gewerkschaften rechneten mit bis zu 250 Millionen Teilnehmer_Innen, was ungefähr zutraf. Zum Vergleich: 200 Millionen streikten bereits im Januar 2019 und 180 Millionen im September 2016. Aber diese Zahlen sind ein neuer Rekord. Es ist somit der zahlenmäßig größte Generalstreik in der Geschichte überhaupt!!! Die wenigen bürgerlichen Medien in Deutschland, die überhaupt darüber berichten, bestreiten diese hohen Zahlen teilweise ohne Beweis. Diese Zahlen allein zeigen, dass wir in Zeiten einer Wirtschaftskrise enormen Ausmaßes leben, aber auch welche Chancen für revolutionäre Arbeit so eine Krise mit sich bringen kann. Begleitet wurde die Arbeitsniederlegung übrigens von Massenaktionen von Bauern/Bäuerinnen und Landarbeiter_Innen gegen neue drakonische Gesetze, die Farm Laws, die die Arbeit auf dem Land (de)regulieren sollen. Die Massenaktionen dieser halten bis jetzt (Ende Dezember) an.

Zur Vorbereitung und Durchführung des Generalstreiks haben sich zahlreiche landesweite Verbände und regionale Organisationen in der Joint Platform of Central Trade Unions (CTUs; Vereinigte Plattform der Gewerkschaftszentralen) zusammengeschlossen. Politisch repräsentieren sie das volle Spektrum von der bürgerlich-nationalistischen Kongresspartei nahestehenden Verbänden über die den kommunistischen Parteien verbundenen bis hin zu unabhängigen, teilweise radikaleren klassenkämpferischen Organisationen. Wenig überraschend fehlt mit Bharatiya Mazdoor Sangh (BMS), der „gewerkschaftliche" Arm der regierenden, hindu-chauvinistischen Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei; BJP), die sich faktisch wieder einmal als gelber Verband von Streikbrecher_Innen betätigt.

Historischer Angriff

Der Generalstreik am 26./ 27. November richtete sich – wie schon jene der letzten Jahre – gegen einen fundamentalen Angriff durch die Kapitalist_Innenklasse und die Modi-Regierung. Die Regierung brachte seit 2019 vier neue Arbeitsgesetze in die Look Sabha (Parlament) ein, die 44 bisher gültige Gesetze ersetzen sollen. Im Grunde sollen damit die Überreste der Beziehungen zwischen Kapital und Lohnarbeit, wie sie nach der Unabhängigkeit Indiens etabliert wurden, endgültig beiseitegeschoben werden. Damit gewann die Regierung die Mehrheit des Großkapitals für sich.
Die Ideologie des Hindutva, nach der Indien ausschließlich den Hindus gehöre und in der religiöse Minderheiten wie Muslime, Indigene, die „unteren" Kasten, Frauen und sexuelle Minderheiten Bürger_Innen zweiter Klasse sein sollen, bildet den Kitt, um große Teile der Mittelschichten, des Kleinbürger_Innentums und rückständige Arbeiter_Innen vor den Karren des Kapitals zu spannen. Die „größte Demokratie der Welt" bildet die Fassade für die zunehmend autoritäre, bonapartistische Herrschaftsform des Regimes Modi, das sich dabei auf extrem reaktionäre und auf faschistische Massenorganisationen stützen kann. In den letzten Jahren

forcierte sie die Angriffe auf demokratische Rechte und ging brutal gegen Proteste vor, die sich gegen die nationalistische „Reform“ der Melde- und Staatsbürgerschaft richteten. Vielerorts, wie in Delhi provozierten Parteiführer der BJP Pogrome gegen Muslime und Protestierende.
Die „Reform“ der Arbeitsgesetze stellt ein, wenn nicht sogar das klassenpolitische Kernstück der Politik der Modi-Regierung dar. Natürlich versuchte die Regionalregierung der rechten BJP, den Streik dagegen zu verbieten, was ihr aber nicht gelang.
Hier nur einige zentrale Aspekte der Reform:
Das neue Arbeitsgesetz erlaubt die fristlose Entlassung ohne weitere Angabe von Gründen und ohne Zustimmung der Behörden von bis zu 300 Beschäftigten. (Bisher war diese Zahl auf 100 Arbeiter_Innen festgelegt.) Dies schafft wichtige Beschränkungen der Unternehmenswillkür in Klein- und Mittelbetrieben ab, die in den letzten Jahren ebenfalls zunahm.
Das Fabrikgesetz von 1948 galt bislang für alle Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten, sofern sie mit Elektrizität versorgt wurden, und für alle mit mehr als 20, die diese nicht haben. Jetzt werden diese Zahlen verdoppelt, auf 20 bzw. 40 Beschäftigte. Auch das unterstützt die unternehmerische Willkür in Kleinstbetrieben.
Die Arbeitsgesetze gelten auch nicht für alle. Die Mindestzahl an regulär Beschäftigten, ab denen sie überhaupt erst gelten, wurde deutlich erhöht, oft auf das Doppelte oder Dreifache der ursprünglichen Zahl. Dies betrifft insbesondere Mindeststandards für Arbeitssicherheit/ Arbeitsschutz.
Erhöht wurde außerdem die Quote für Leiharbeiter_Innen unter den Beschäftigten, die noch besser und einfacher ausgebeutet bzw. ersetzt (wenn sie sich dagegen wehren) werden können.

All diese Maßnahmen zielen auf die Ausweitung der Unternehmer_Innenfreiheit in der aktuellen Wirtschaftskrise. So können einfacher Massenentlassungen getätigt werden oder Arbeitsschutz ausgesetzt werden. Außerdem soll die weitgehende Entrechtung, die schon heute die Lage eines großen Teils der indischen Arbeiter_Innenklasse prägt, der in verschiedene Formen der Kontraktarbeit (wie Tagelöhnerei, Leiharbeit, prekäre Beschäftigung, usw.) gezwungen wird, weiter ausgedehnt werden. Auch bisher „regulär“ Beschäf-

tigte sollen von ihr erfasst werden.
Zugleich werfen diese Maßnahmen auch ein bezeichnendes Licht auf das Geschäftsmodell des indischen Kapitalismus. Die vom Weltmarkt und den internationalen Finanzmärkten abhängige halbkoloniale Ökonomie kann die Profitabilität der wachsenden kleineren Kapitale nur sichern, wenn diese weiter die Arbeitskräfte extrem ausbeuten, also unter ihren Reproduktionskosten kaufen (weniger Lohn bezahlen, als zu Reproduktion der Arbeitskraft/ zum Leben notwendig ist) und verwerten können. Ansonsten sind sie nicht in der Lage, sich auf dem Markt zu halten, die Vorgaben von Konkurrenzbedingungen, die das multinationale Großkapital aus den imperialistischen Ländern diktiert, zu erfüllen. Zugleich begünstigt diese Form der Überausbeutung auch die indischen Großkonzerne, die ihrerseits um größere Anteile am Weltmarkt ringen.
Diese Ausweitung selbst erschwert schon die Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Organisierung massiv, die durch neue legale Einschränkungen zusätzlich eingeschränkt werden sollen.
Ergänzt werden die Angriffe auf die Arbeitsgesetze auch durch drastische Verschlechterungen für die Landbevölkerung, also für die ärmsten Schichten der Bauern und Bäuerinnen sowie für Landarbeiter_Innen. Das ist auch der Grund, warum das All India Kisan Sangharsh Coordination Committee (AIKSCC) (aus 8 Bauern/Bäuerinnen-verbänden bestehend) den Generalstreik unterstützt und mit Aktionstagen am 26. und 27. November verbindet.
Über die Forderung nach Abschaffung der gesamten reaktionären Reformen des Arbeitsgesetzes hinaus verlangen die Gewerkschaften außerdem eine monatliche staatliche Unterstützung von 7.500 Rupien (rund 85 Euro) für alle Familien, die keine Einkommenssteuer zahlen müssen, sowie 10 Kilogramm kostenloser Lebensmittel für alle Bedürftigen. Diese und ähnliche Forderungen verdeutlichen, dass die Corona-Pandemie und die kapitalistische Krise Millionen Arbeiter_Innen und Bauern/Bäuerinnen in Not und Elend stürzen, so dass sie gegen Armut, Hunger und Tod ankämpfen müssen.
Was die Ergebnisse des Streiks angeht, laufen einige Verhandlungen noch und wieder andere wurden erst einmal auf Eis gelegt und durch kleinere weitere Streiks (größere bei Landarbeiter_Innen) ersetzt. Die Bereitschaft von Staat und Kapital ihre Angriffe abzumildern oder sogar Verluste in Kauf zu nehmen ist, wie in einer Krise zu erwarten, sehr gering.

Internationale Solidarität und Perspektive

Der Generalstreik der indischen Gewerkschaften erfordert unsere Solidarität – und zwar weltweit. Es ist wichtig Solidaritätsdemos bei zu wohnen und auch öffentlich darauf aufmerksam zu machen, wenn die bürgerliche Presse ihn herab spielt oder ganz ignoriert.
Zugleich macht er aber – gerade vor dem Hintergrund etlicher Massenstreiks der letzten Jahre – deutlich, dass die Arbeiter_Innenbewegung und alle Bewegungen von Unterdrückten gegen das Hindutva-Regime eine Strategie brauchen, die über beeindruckende, aber auch nur auf ein bis zwei Tage beschränkte Aktionen hinausgeht. Die Regierung Modi wird sich davon nicht stoppen lassen. Das haben die letzten Jahre gezeigt. Wie die letzten Monate verdeutlicht haben, wird sie auch die Pandemie und die Krise zu nutzen versuchen, weitere Angriffe durchzuziehen.
Es geht daher darum, dem permanenten Angriff einen permanenten Widerstandskampf entgegenzusetzen – auf den eintägigen Generalstreik einen unbefristeten gegen die Arbeitsgesetze und für ein Mindesteinkommen und Mindestlohn für alle in Stadt und Land vorzubereiten und durchzuführen. Die am stärksten von der Krise betroffenen Kleinbäuer_Innen und Landarbeiter_Innen nehmen dabei aktuell eine fortschrittliche Rolle ein. So blockieren sie seit dem 8. Dezember wieder Straßen und Schienen, und streiken mit der Abgabe ihrer Güter. Sie propagieren aktuell noch immer, ihre Streiks erst zu beenden, wenn die Agrarreform zurückgenommen wurde. Aber die gesamte Koordinierung der Gewerkschaften und Bäuer_Innenorganisationen muss sich einer solchen Aufgabe stellen und zur Bildung von Aktionskomitees in den Betrieben, den Stadtteilen, in den Gemeinden und auf dem Land aufrufen. Nur so können Kampforgane gebildet werden, die alle Schichten der Lohnabhängigen und der Klein- und Mittelbäuer_Innen einschließen, unabhängig von Religion, Nationalität, Kaste, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Diese sollten auch insbesondere Auszubildene mit in Betrachtung nehmen, und sich mit Studierendenorganisationen vernetzen, um auch die Lage der Jugend, die meist zu allererst in Kontraktarbeit gedrängt wird, zu beleuchten.
Solange die Gewerkschaften jedoch weiter auf Sozialpartnerschaft und befristete Streiks pochen, kann es keinen unbefristeten Generalstreik der gesamten indischen Lohnabhängigen, und damit keine konsequente Gegenwehr gegen die Angriffe der herrschenden Klasse, geben. Das sie sich am 8. Dezember nicht mal mehr an dem von den Bauern/Bäuerinnen erneut ausgerufenen Generalstreik beteiligten war nur die Spitze des Ganzen (Dies gilt natürlich nicht für alle Gewerkschaften, die Eisenbahngewerkschaft hat sich z.B. zeitweise angeschlossen). Deswegen muss der Kampf gegen Gewerkschaftsführungen, die ihre Basis aufhalten, von genau dieser gebrochen werden. Gerade in den großen Gewerkschaften müssen die ersten Aktionskomitees, wenn es notwendig ist, auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführung gegründet werden.
Angesichts der staatlichen Repression (nur an einem Tag Streik wurden bereits mehrere hundert Aktivist_Innen in Westbengalen verhaftet und Tränengas und Wasserwerfern gegen die Bauernmärsche eingesetzt) und der reaktionären hindu-chauvinistischen Verbände müsste ein solcher Streik auch Selbstverteidigungsstrukturen aufbauen.
Ein politischer Generalstreik, der das Land dauerhaft lahmlegt, würde unwillkürlich die Machtfrage aufwerfen – und somit auch die Möglichkeit und die Notwendigkeit, vom Abwehrkampf zur Offensive überzugehen. Diese erfordert freilich mehr als nur gewerkschaftlichen Widerstand. Sie erfordert die Verbindung dieses Kampfes mit dem gegen alle Formen der Unterdrückung, die Verbindung des Kampfes gegen die BJP-Regierung mit dem gegen den Kapitalismus. Dies beinhaltete den Aufbau einer revolutionären politischen Partei der Arbeiter_Innenklasse, die sich auf ein Programm von Übergangsforderungen stützt und die für eine Arbeiter_Innen- und Bäuer_Innenregierung kämpft, die eine Räteherrschaft errichtet, das Großkapital enteignet und eine demokratische Planwirtschaft einführt. Natürlich ist dies alles nur mit einer internationalen Vernetzung und einem gemeinsamen, internationalen Kampf möglich, denn sonst würde dieser Herrschaft von imperialistischen Truppen und Militärs schnell ein Ende gemacht werden.
Zur Zeit existiert keine politische Kraft in Indien, die ein solches Programm vertritt. Die verschiedenen kommunistischen Parteien haben sich vom revolutionären Sturz des Kapitalismus faktisch schon lange verabschiedet, die radikale Linke ist zersplittert und oft desorientiert. Die politische Krise zu überwinden, erfordert daher nicht nur die Unterstützung der Mobilisierungen der Arbeiter_Innenklasse und sozialen Bewegungen. Alle, die nach einer sozialistischen und internationalistischen Antwort suchen, stehen auch vor der Aufgabe, in Diskussion um die programmatischen Grundlagen einer revolutionären Partei zu treten und deren Aufbau in Angriff zu nehmen.

Warum der nächste Lockdown das Corona-Problem an unseren Schulen nicht löst und was wir dagegen tun können

von Marvin Schutt

Der neue Lockdown kam plötzlich. Von heute auf morgen sitzen wir wieder auf einem Stapel von Online-Aufgaben und fragen uns, wer das eigentlich alles schaffen soll. Noch kurz vor dem Lockdown haben die Landesregierungen und allen voran die Kultusministerkonferenz (= Absprachegremium der Länder für Bildungs- und Erziehungsfragen) immer wieder behauptet, dass die Schulen sicher seien. Infektionen fänden dort überhaupt nicht statt, sondern würden allein von außen in die Schulen hineingetragen. Doch die Infektions- und Quarantänezahlen sprechen eine andere Sprache: So waren kurz vor dem Lockdown über 3.000 Lehrkräfte und mehr als 20.000 Schüler_Innen in Deutschland infiziert. Am 17.12. ist ein Berliner Lehrer an den Folgen einer Corona-Infektion auf tragische Weise verstorben. Über 11.600 Lehrer_Innen und 200.000 Schüler_Innen sitzen in Quarantäne, über 200 Schulen wurden komplett geschlossen. Doch anstatt Geld in die Hand zu nehmen, um Luftfilteranlagen, Masken, mehr Personal und mehr Räume zur Verfügung zu stellen, wurde das Geld in die Privatwirtschaft gepumpt und die Infektionszahlen in unseren Schulen systematisch relativiert (mitunter auch durch sehr fragwürdige Studien). Außerdem wurde das Problem versucht „wegzudefinieren“; indem die Inzidenzzahl, ab derer eine Schule als Corona-Hotspot mit dementsprechenden Notfallmaßnahmen gelten würde, einfach von 50 auf 200 hochgeschraubt wurde.

Alte Probleme- drastische Konsequenzen

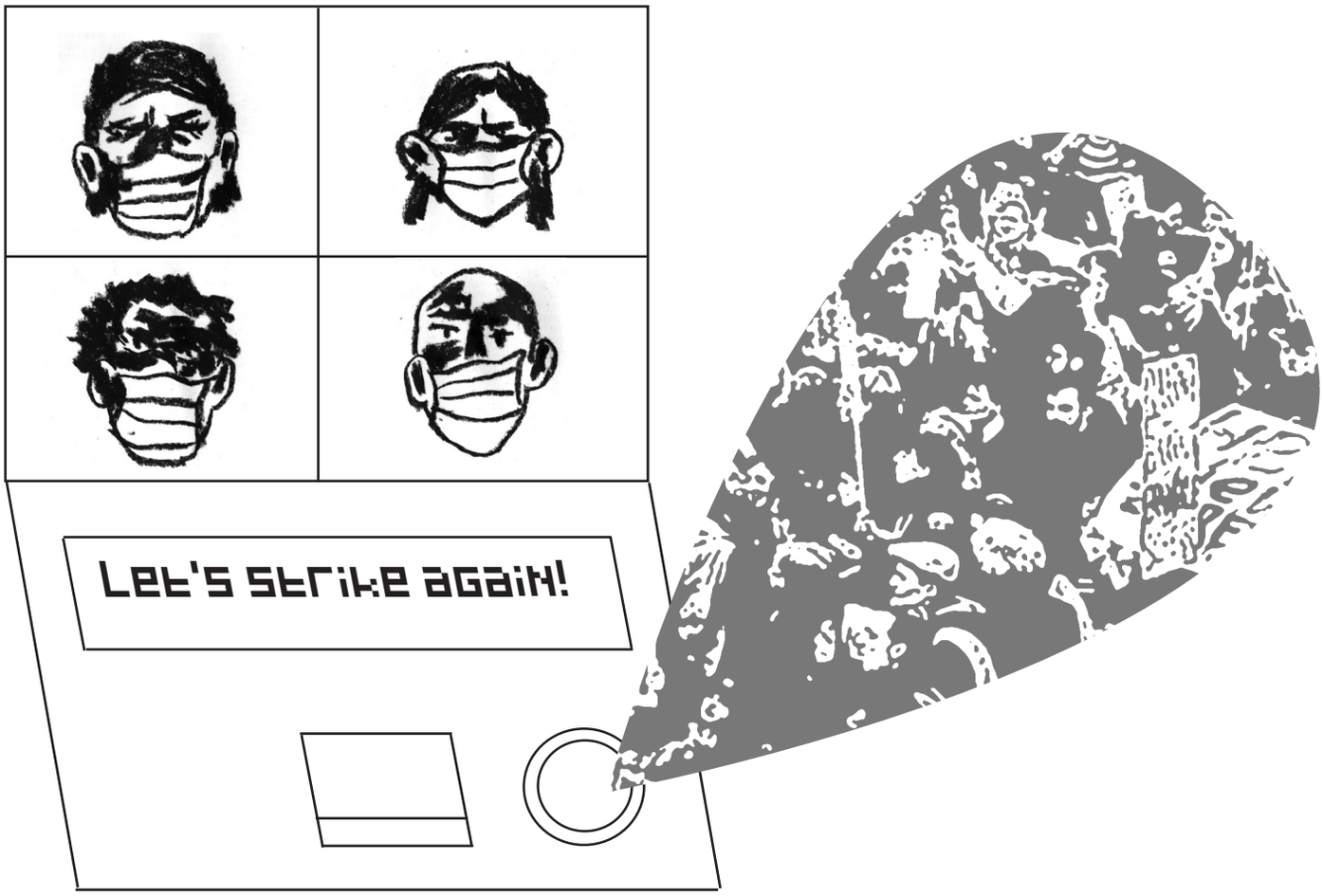
Robert-Koch-Institut und Leopoldina sind sich dagegen einig, dass „Schülerinnen und Schüler ein wesentlicher Teil des Infektionsgeschehens“ sind. Doch warum sind wir eigentlich so stark betroffen? Das liegt zum einen daran, dass unser Kontaktkreis durch die ohnehin zu großen Klassen sehr groß ist. Der chronische Raummangel an unseren Schulen ist nicht erst seit Corona ein Problem, und so müssen sich viele Schüler_innen in wenig Räume quetschen, sodass die Einhaltung des Mindestabstands kaum möglich ist. Diese Probleme waren bereits während der ersten Welle im Frühjahr 2020 bekannt, doch die Politik hat über den Sommer verschlafen, etwas dagegen zu tun. Momentan sieht es danach aus, als ob der sommerliche Tiefschlaf fließend in den Winterschlaf übergeht. Im Interesse der Wirtschaft, die auf jeden Fall verhindern möchte, dass die Arbeiter_Innen zu Hause bleiben müssen, um sich um ihre Kinder zu kümmern, wollten sie die Schulen um jeden Preis offen halten. Die Strategie war, sich dabei irgendwie durchzuwurschteln und zu hoffen, dass ein Impfstoff alle Probleme bis zum 10.01.21 lösen wird.

Es ist bereits absehbar, dass die Zahlen bis zum 10.01.21 nicht zurückgehen werden. Aber wie soll es weitergehen? Wann, und vor allem unter welchen Bedingungen, werden die Schulen wieder geöffnet? Wenn wir nicht weiterhin zulassen wollen, dass auf der Gesundheit von uns, von unseren Lehrer_Innen, von unseren Eltern, Freund_Innen und Angehörigen im Interesse der Wirtschaft herumgetrampelt wird, müssen wir anfangen, zu kämpfen! Wir müssen sichtbar werden, eine Stimme bekommen und laut sein.

Was wir fordern:

Es kann nicht sein, dass wir mit Online-Aufgaben zugespamt werden, während die meisten von uns nicht einmal einen eigenen Laptop haben. Einige haben nicht einmal eine gute Internetverbindung. Wir fordern kostenlose digitale Endgeräte und einen kostenlosen Internetzugang für alle!

Auch nicht jede_r von uns hat ein eigenes Zimmer und zu Hause die nötige Ruhe zum Lernen. Während einige von uns



Eltern haben, die selbst studiert haben, fließend Deutsch sprechen und ihre Kinder während des Homeoffice gut bei den Aufgaben unterstützen können, haben andere von uns Eltern, die vielleicht eine andere Muttersprache oder eine andere Schulbildung erfahren haben und alleinerziehend sind oder täglich für wenig Geld im Supermarkt oder Krankenhaus arbeiten müssen. Das ist ungerecht! Deshalb fordern wir die Aussetzung der Noten und verpflichtenden Prüfungen solange kein zufriedenstellender Lehrbetrieb gewährleistet werden kann! Niemand soll benachteiligt werden, denn unsere Gesundheit ist wichtiger als eure Verwertungslogik!

Wer kein „Happy-Family-Life“ hat, für den ist das zu Hause eingesperrt Sein der blanke Horror. Im Lockdown sind wir der völligen Kontrolle und manchmal auch Gewalt unserer Eltern ausgesetzt und können dieser nicht durch die Schule oder Freund_Innen entkommen. Wir fordern deshalb das Recht auf elternunabhängige Notbetreuung! Wer nicht zu Hause lernen kann oder sein will, soll selber entscheiden können, ob er oder sie in der Schule von pädagogischen Fachkräften betreut werden möchte. Dabei müssen die Hygienestandards ausgeweitet werden.

Für viele Elternteile ist es auch gar nicht möglich zu Hause zu bleiben, da sie um ihren Job fürchten müssen. Deshalb fordern wir, dass die Wirtschaft bis auf die systemrelevanten Sektoren heruntergefahren wird. Wir finden außerdem, dass statt Kurzarbeitsgeld 100% Lohn fortgezahlt werden sollen und auch alle, die ihren Job bereits verloren haben, vollen Gehaltsausgleich erhalten. Viele konnten sich nicht nur keine Weihnachtsgeschenke leisten, sondern haben schon Probleme beim Geld für den Schnelltest oder bei der Miete. Wir fordern deshalb, dass die öffentliche Versorgung (also nicht nur Wohnraum, sondern auch Gesundheit, Strom, Wasser und Heizung) nicht privatwirtschaftlich organisiert wird, sondern in die Hand des Staates kommt und von den Produzent_Innen und Konsument_Innen demokratisch kontrolliert wird.

Let's strike again!

Lasst uns nicht weiter tatenlos zusehen! Lasst uns gemeinsam laut sein und kämpfen! Jede_r von uns kann an seiner_ihrer Schule beginnen, mit Mitschüler_Innen über die Probleme quatschen und lokale Aktionen organisieren. So wie es bereits Schüler_Innen in verschiedenen Bundesländern gemacht haben, die beispielsweise aus Protest gegen die unzureichenden Hygienebedingungen kollektiv verweigert haben, den Klassenraum zu betreten. Die Probleme in unseren Schulen sind jedoch ähnlich und sie sind flächendeckend. Neben lokalen Aktionen müssen wir uns deshalb auch bundesweit zusammenschließen und einen gemeinsamen Aktionstag oder sogar einen Schulstreik im neuen Jahr organisieren! Dafür sollten wir ein Online-Treffen oder eine Telefonkonferenz einberufen sowie auch linke FFF-Ortsgruppen und größere linke Jugendorganisationen wie die Linksjugend [‘solid], die SDAJ oder die Jusos auffordern, sich daran zu beteiligen. So können wir uns wirklich eine Stimme verschaffen und Druck auf die Politik ausüben, unsere Forderungen zu erfüllen. Mit Fridays for Future haben wir bereits bewiesen, dass wir das können!

Ihr findet die Forderungen richtig und wollt etwas bei euch lokal organisieren und/oder euch bei der Orga für einen bundesweiten Streik beteiligen? Dann schreibt uns bei Instagram, Facebook oder unserer Homepage.

VON GRUNDGESETZ zu Reichsflagge in Rekordzeit- Die Radikalisierung der Querdenkenbewegung

von Felix Ruga

Kannst du dich erinnern? Vergangenen März, bald ein Jahr ist es her, gab es in einigen Städten sogenannte „Hygiene-Demos“, bei denen sich meist kaum hundert Leute versammelt haben. Es ging vor allem darum, sich gegen die Einschränkung der Versammlungsfreiheit genau diese zu nehmen. „Hygiene“ hieß damals, dass man dabei Abstand hielt, nur in kleinen Gruppen war und später dann auch Maske trug, weil man sich über die Ansteckungsgefahr bewusst sei, jedoch trotzdem demonstrieren wolle. Auch schon damals war es ein Sammelbecken verschiedenster Strömungen, zunächst vor allem Menschenrechtler_Innen und Verschwörungsideolog_Innen, später kamen dann auch Nazis dazu und verdrängten dabei Stück für Stück alle, die ein Problem mit ihnen haben könnten.

Seit einigen Monaten zeichnet sich ein grundlegend anderes Bild: Neben einigen ursprünglichen Symboliken wie Regenbogen, Frieden und Grundgesetz, gibt es jetzt zunehmend Reichsflaggen, Nazi-Ordner, militantere Ausschreitungen wie in Leipzig Anfang November, Ablehnung von Hygienekonzepten und eine klare Verschiebung des Inhalts zu: Corona-Lüge – Neue Weltordnung – Lügenpresse – Coronadiktatur – BRD-GmbH – Illuminaten – Trump – Deutschland – Volk. Die Radikalisierung nach rechts ist unübersehbar, doch woher kommt sie? Wer treibt sie nach rechts? Und was können wir tun, damit die Querdenker_Innen zurückgedrängt werden?

Querdenken driftet zwar nach rechts, bleibt aber heterogen

Zunächst ist es wichtig, anzuerkennen, dass die gesamte „Querdenken-Bewegung“ und alles, was sich darum gruppiert, weiterhin heterogen ist und sich darin viele Menschen tummeln, die politisch eigentlich normalerweise nichts miteinander zu tun haben. Diese Gegensätzlichkeiten werden zumindest während der großen Aktionen hintangestellt. Doch das heißt keineswegs, dass diese Strömungen wie in Stein gemeißelt und voneinander isoliert sind. Es gibt weiterhin Machtkämpfe darum, wie klar man z.B. eine rechte Ausrichtung nach außen trägt, nachdem es jetzt schon mal klar ist, dass man Nazis mitlaufen lässt. Rechte versuchen ständig, Menschen auf ihre Seite zu ziehen, indem sie großflächig in der Bewegung intervenieren: Auf Aktionen halten sie Reden, verteilen Flyer, moderieren auf der Bühne, machen sich durch ihre Mitarbeit zu unerlässlichen Partner_Innen, in den vielen Chat-Kanälen machen sie Stimmung und verbreiten ihr Gedankengut. Weniger nationalistische Kräfte, die sich vielleicht mehr auf das Grundgesetz als auf Deutschland beziehen, versuchen, ihre Sicht der Dinge zu verteidigen, geben dabei in Rhetorik und Argumentation aber auch oftmals nach. Das Gesamtbild ist zwar noch recht heterogen, doch es gibt diverse Punkte, die Querdenken anschlussfähig für rechte Ideologien machen und ein Einfalltor dafür darstellen.

Ein wichtiger Aspekt für Radikalisierung ist es, dass zunächst verhältnismäßig moderate Einstellungen bestimmte Fragen aufwerfen, die man eigentlich zu beantworten hat, wenn man ein geschlossenes Weltbild haben möchte. In dem Fall ist diese zunächst die Aussage: Corona ist eigentlich gar nicht so schlimm und die Regierung verhält sich da komplett übertrieben. Darauf folgt die Frage: Ok, aber warum macht die Regierung das, wenn es doch eigentlich gebildete Leute sind? Dazu könnten die Leute sich jetzt auf parlamentarische und gesellschaftliche Komplexitäten beziehen, aber viel öfter wird es deutlich einfacher beantwortet: Die Regierung, Presse und sonstige Eliten lügen uns mit Absicht an, weil sie damit einen großen Plan verfolgen, zum Beispiel eine „Corona-Diktatur“ einzuführen oder mit Zwangsimpfungen Bill Gates reich zu machen oder sowas. Damit landet man relativ schnell schon bei verschwörungsideologischen Inhalten.

Es wächst zusammen, was zusammengehört: Verschwörungsideologien und Rechtsextremismus

Verschwörungsideologien sind meist auf eine Art und Weise gestrickt, dass einige zentrale Charakteristika mit rechtsextremen Ideologien gut zusammenpassen. Zuerst wäre dabei der gesellschaftliche Grundwiderspruch

gleich: Es ist das (deutsche) Volk, was gegen den Staat und die Eliten aufbegehren muss, weil diese lügnerisch, unanständig oder fremdgesteuert sind. Wer dieser Elite nun konkret angehört, wird passend konstruiert und unterscheidet sich teils deutlich je nach dem, wen du fragst. Manchmal sind es politische Mächte wie die „linksgrünen Meinungsdiktator_Innen“ oder „undeutsche“ Politiker_Innen, aber meistens eher versteckt handelnde Intrigant_Innen wie die Rothschilds, Freimaurer_Innen, Illuminat_Innen, die Besatzungsmacht in der BRD-GmbH oder irgendwelche bösen Einzelpersonen wie Bill Gates oder Georg Soros. Zwar sind hiervon einige Jüd_Innen, aber selten wird offen gesagt, dass es hierbei um Jüd_Innen im Allgemeinen ginge. Es ähnelt dem Antisemitismus jedoch in dem Aspekt sehr stark, dass wir angeblich eine eigentlich intakte (deutsche) Gesellschaft haben, diese jedoch durch eine außenstehende Kraft vergiftet werde, die wir nur ausmerzen müssten, dann sei wieder alles ok.

Wer zu der „Elite“ oder zum „Volk“ gehört, wird weder bei Rechten noch bei klassischen Verschwörungsideolog_Innen an die Klassenzugehörigkeit gebunden. Das ist ein typisches Merkmal für kleinbürgerliche Bewegungen, also jenem Teil der Gesellschaft, der zwischen den Hauptklassen (Arbeiter_Innen und Kapitalist_Innen) steht, z.B. kleine Solo-Selbstständige, Laden- oder Restaurantbesitzer_Innen. Den Standpunkt, den man vertritt, wird auch nicht als Teil einer Klasse dargestellt, sondern als die Interessen „der Deutschen“ oder „der Menschen“, weil man als Zwischenklasse Schwierigkeiten hat, eine eigenständige Position zu finden. Beispiel: Auf der einen Seite will man nach unten seinen Reichtum verteidigen, auf der anderen Seite nicht von oben durch anderen Reichtum verdrängt werden. Wie soll man da Klarheit zum Schutz von Eigentum finden? Also spricht man lieber nicht drüber. Trotzdem scheint es bei Querdenken oft durch, wessen wirtschaftliche Notlage ein besonderes Problem ist: Gegen die Schließung der kleinen Betriebe wird die Aufhebung des Lockdowns gefordert. Über Massenentlassungen bei Galeria oder Lufthansa oder gar über die Kurzarbeit wird selten gesprochen.

Eine Sache, die die Rechten aber den klassischen Verschwörungsideolog_Innen voraushaben, ist es, dass sie direkt noch eine politische Perspektive parat haben, wie man die Bewegung zum Sieg führt: Wir befinden uns schon seit Jahren in einem Rechtsruck und es gibt einige Parteien und Personen im rechten Lager, die Öffentlichkeit haben und die man jetzt nur weiter pushen muss, damit sie der Corona-Politik ein Ende setzen. Neben dem parlamentarischen Weg z.B. durch die AfD, gäbe es natürlich noch das „Führer-Prinzip“, in dem ein starker Mann jetzt dafür sorgen solle, dass die Ordnung wiederhergestellt werde. Durch diese Perspektive können sie die Bewegung als Ganzes immer weiter nach rechts treiben. Doch wer treibt da genau nach rechts? Eine kleine Auswahl der wichtigsten rechten Kräfte folgt im nächsten Kapitel.

Who Is Who der rechten Querdenker_Innen

AfD: Nachdem die Euro- und Geflüchtetenthematik etwas an Zugkraft verloren haben, versuchen nun Teile der AfD bei den Corona-Skeptiker_Innen zu landen. Wobei sich diese Haltung erst im Laufe des Jahres ergab. Zu Beginn der Pandemie rief man, nur um die Regierung als unfähig dastehen zu lassen, noch nach schärferen Maßnahmen und schnellerem Eingreifen. Bei allem, was die AfD so macht, lässt sich immer wieder das gleiche Muster finden: Sie präsentieren ihre Meinung durch unbequemes Auftreten als besonders antielitär, vertreten dabei eigentlich aber nur in einem aggressiven Ton einen Teil des Kapitals. Nun vertreten sie eben das Kapital, das gerade sehr unter den Maßnahmen ächzt, aber eigentlich genauso wenig das Interesse der Massen im Sinn hat wie jenes, das diese Maßnahmen noch ok findet. Funktioniert bislang nur mäßig, die Partei ist tief zerstritten.

Faschist_Innen: Hier gibt es einige Kräfte (III.Weg, NPD, Reichsbürger_Innen, kleinere Gruppen…), die sich teilweise in der Bewegung befinden, teilweise jedoch das friedliche Auftreten von Querdenken ablehnen und eine Spaltung suchen. Sie reden zwar auch von Frieden und Freiheit, aber eher in dem Sinne, dass sie Freiheit für Deutschland (vom äußeren Feind, s.o.), vielleicht auch durch Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, fordern und dass es dann erst Frieden für das deutsche Volk gäbe. Die Faschist_Innen sind meist auch jene, die die Reichsflaggen mitschleppen, um sich positiv auf das „freie Deutschland“ in Form des Kaiserreichs zu beziehen.

QAnon: Da es sich hierbei eher um eine US-amerikanische Internetbewegung handelt, ist es schwierig, den Einfluss auf Deutschland einzuschätzen, aber man sieht auf Querdenken-Protesten viel Symbolik: ein simples Q oder die Abkürzung WWG1WGA („Where We Go One We Go All“; so viel wie „alle für einen, einer für alle“) oder die Glorifizierung von Trump. Es ist eine Art „Verschwörungsideologie zum Mitmachen“, bei der eine angebliche Person aus dem Elitenkreis auf Reddit oder 4Chan kryptische Fragen stellt und die Leute sollen selbst im Internet auf die Suche nach den Antworten gehen. Ergebnis dieser Suche ist es, dass praktisch alle bekannteren Personen Satanist_Innen seien, die sich durch das Essen von Kindern ewiges Leben verschaffen wollen. Diese stecken alle unter einer Decke und kontrollieren das Weltgeschehen. Und um nun auch die Menschen zu kontrollieren, soll durch 5G und Chips, die beim Impfen eingepflanzt werden, Gedankenkontrolle möglich werden. Vorkämpfer gegen die satanistischen Eliten ist Donald Trump, der uns wieder in eine anständige und gottesfürchtige Gesellschaft führen soll. Die Wesensähnlichkeiten zum Faschismus (Antisemitismus, konservatives Gesellschaftsideal, Führer-Prinzip, Bewegungscharakter…) sind nicht zu übersehen.

…und was machen wir jetzt?

Spätestens seitdem sich im großen Stil Rechte unter die Querdenker_Innen gemischt haben, werden die Aktionen auch immer von antifaschistischen Gegenprotesten begleitet. Und das ist gut so, sie sollen wissen, dass wir sie nicht wollen und wir müssen uns dagegen organisieren und vernetzen! Doch wird das wohl allein nicht ausreichen. Der gesellschaftliche Nährboden von Querdenken ist massenhafte Unzufriedenheit von Arbeitslosen, Kurzarbeiter_Innen, vom Abstieg Bedrohten, während der Krise Alleingelassenen. Querdenken ist dabei der einzige Pol, in dem sich diese Unzufriedenheit entladen kann, obwohl es ihnen kaum mehr als eine „Rückkehr zur Normalität“ versprechen kann, die wegen der Wirtschaftskrise sicherlich nicht durch ein Ende des Lockdowns zu erreichen ist, denn die Krise wird weitergehen, mit oder ohne Corona!

Wir müssen eine eigenständige Antikrisenbewegung aufbauen, die dazu im Stande ist, eigene Forderungen aufzuwerfen und durchzusetzen. Diese muss es sich zum Ziel machen, dass die Lebensumstände aller Menschen gesichert sind und zwar durch ein Verbot von Jobstreichungen und hohe Sozialleistungen auf Kosten der Reichen und Krisengewinner_Innen! Um die Versorgung und Pflege der Menschen abzusichern, muss der Gesundheitssektor und die Pharmaindustrie enteignet werden. Corona muss entschlossen und nachvollziehbar angegangen werden, ohne dabei nur einseitig unsere Freizeit einzuschränken, aber keine Hand an die Wirtschaft zu legen! Diese und weitere wichtigen Forderungen findet ihr unserem Corona-Programm! Wenn wir statt Verschwörungsideologien und leeren Versprechen der Normalität eine sichtbare Perspektive auf ein gutes Leben aufwerfen,

können wir Querdenken und all die Rechten mit ihnen hinwegfegen!

>> Fortsetzung von der Rückseite

Rassismus hat seine Wurzeln im kapitalistischen Nationalstaat: Mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der Ersetzung der feudalen durch die industrielle Gesellschaft, mit der Ersetzung der Adelsherrschaft durch die Bürgerliche entstanden neue Formen der Unterdrückung. Der bürgerlich kapitalistische Staat steht stets in Konkurrenz mit anderen Nationalstaaten um den größten Profit. Er vertritt dabei das Gesamtinteresse der Kapitalist_Innen auf nationaler Ebene. Mit der Kolonialisierung entstanden große imperialistische Mächte, wie Deutschland, die USA oder Frankreich und ausgebeutete Kolonialstaaten. Heute sind die meisten dieser Staaten zwar formal selbstständig, aber politisch und wirtschaftlich immer noch abhängig, weshalb wir sie Halbkolonien nennen. Die Kapitalist_innen in den imperialistischen Staaten sammeln in ihrer Konkurrenz immer mehr Kapital an, sodass die Anlagemöglichkeiten im eigenen Land nicht mehr ausreichen. Deswegen müssen sie Ihr Kapital auslagern. Viele investieren in Halbkolonien, kaufen Fabriken, Land und Infrastruktur dort auf, wo sie hohe Profite einfahren, Mensch und Natur unter unwürdigen Bedingungen ausbeuten können. Dieses Vorgehen muss mit diplomatischer, wirtschaftlicher oder mit militärischer Gewalt durchgesetzt werden, wobei der bewaffnete Krieg der krasseste Auswuchs ist. Rassismus legitimiert sowohl Unterdrückung als auch ihre Durchsetzung, indem er Menschen in rassische Kategorien einteilt, bei denen alle nicht-weiße unzulänglich und damit zurecht benachteiligt oder beherrscht sind. Aber er legitimiert damit auch die Ausbeutung von z.B. Leiharbeiter_Innen im eigenen Land. Da er in die gesamte Gesellschaft vordringt, also auch die Arbeiter_Innenklasse, sorgt er für ihre Spaltung in Nationalitäten, den Ausschluss von Migrant_Innen aus Gewerkschaften und sozialchauvinistische Ideologien und verhindert somit einen gemeinsamen Kampf aller Unterdrückten. Das kommt der herrschenden Klasse sehr gelegen.

Im imperialistische Weltsystem rechtfertigt der Rassismus die Überausbeutung großer Teile der Welt, die Entsolidarisierung weiter Teile der Arbeiter_Innenklasse in imperialistischen Nationen, sowie Kriege um Ressourcen und Vorherrschaft.

Um Rassismus zu bekämpfen, müssen wir daher auch den Kapitalismus bekämpfen. Dafür haben wir drei wichtige antirassistische Forderungen aufgestellt, die erklären, wie man vorgehen sollte.

1. Offene Grenzen und Staatsbürger_Innenrechte für Alle!

An den Grenzen Europas werden derzeit tausende Menschen ermordet. Sie ertrinken im Mittelmeer, sterben in Lagern oder werden von rassistischen Milizen oder der Grenzpolizei selbst angegriffen. Wir müssen diesen Morden ein Ende setzen, genau wie dem EU-Imperialismus. Deswegen fordern wir die Zerschlagung von Frontex oder ähnlichen Grenzpolizeieinheiten, genau wie die Auflösung aller Lager an den europäischen Außengrenzen und die uneingeschränkte Aufnahme der Geflüchteten in Europa. Um dies zu ermöglichen brauchen wir eine europaweite Vernetzung der antirassistischen und Arbeiter_Innenbewegung. Aber warum gerade die Arbeiter_Innen? Bei ihnen kommen einige wichtige Aspekte zusammen: Erstens sind sie keine Nutznießer des Rassismus, ganz im Gegenteil, wie schon gesagt, werden sie dadurch eher gespalten und gegeneinander ausgespielt, während sie genau denen gegenüberstehen, die vom Imperialismus und Rassismus profitieren, nämlich den Kapitalist_Innen. Zweitens haben sie sehr mächtige Kampfmethoden, um Forderungen umzusetzen, nämlich Streiks und Besetzungen von Betrieben, welche großen wirtschaftlichen Schaden anrichten können. Drittens und am wichtigsten schlummert in den Arbeiter_Innen die Grundlage für eine solidarische Gesellschaft, da sie im Stande sind, eine Produktion fernab von Profitzwang und Ausbeutung aufzubauen, sobald die Mittel dazu aus den Händen der Kapitalist_Innen gerissen wurden. Die Arbeiter_Innenbewegung muss sich dessen bewusst werden und sich aus internationaler Solidarität für offenen Grenzen einsetzen!

Aber auch die Menschen, die hier herkommen, werden noch ungleich behandelt. Der staatliche Rassismus in Deutschland spiegelt sich nicht nur darin wider, dass es rassistische Polizeikontrollen gibt, oder Menschen bei der kleinsten Straftat, wie einem Ladendiebstahl, abgeschoben werden können. Es gelten unter anderem auch Arbeitsverbote für Migrant_Innen, die noch keine Staatsbürger_Innenschaft haben. Nun ist Lohnarbeit natürlich Ausbeutung und es gilt diese zu überwinden, aber innerhalb des Kapitalismus sind alle Arbeiter_Innen abhängig von ihr. Viele Migrant_Innen bleiben direkt abhängig vom Staat und dürfen nicht arbeiten. Das verbreitet und reproduziert wieder rassistische Klischees in der Arbeiter_Innenklasse und im Kleinbürger_Innentum von den angeblich so „faulen" Migrant_Innen. Außerdem drängt es viele Migrant_Innen in die unterbezahlte Schwarzarbeit oder in bestimmte Formen der Gang- und Drogenkriminalität. Deswegen ist es mehr als nötig die Abschaffung jeder rechtlichen Benachteiligung von Migrant_Innen und insbesondere der Arbeitsverbote zu fordern. Zudem ist auch die Isolation in Sammelunterkünften ein großes Problem, weil Geflüchtete dadurch kein selbstbestimmtes Leben führen können und nur schwierig am öffentlichen Leben teilnehmen können. Her mit der dezentralen Unterbringung durch Enteignung des leerstehenden Wohnraumes, Spekulationsobjekte und Hotels!

Menschen sind oft aus bestimmten Gründen auf der Flucht. Viele fliehen vor Armut, Umweltkatastrophen oder Kriegen. Deutschland spielt dabei mit der Beteiligung in der NATO und mit massiven Waffenexporten, aber auch als führender Imperialist in der EU bei der Ausbeutung von afrikanischen Wirtschaften, eine zentrale Rolle. Deswegen müssen wir hier anfangen, um Fluchtursachen ein Ende zu setzen! Eine weitere zentrale Forderung ist die Vergesellschaftung von Rüstungskonzernen und allen weiteren Konzernen/ Unternehmen, die von Krieg, Flucht und dem rassistischen Lagersystem profitieren. Sie müssen unter Kontrolle der Belegschafteb zu einer Produktion umgebaut werden, die unsere Bedürfnisse befriedigen, statt nur für Krieg und Leid zu sorgen! Zudem müssen die NATO und andere imperialistische Militärbündnisse zerschlagen werden, denn sie stehen für ständiges Aufrüsten zwischen imperialistischen Machtblöcken, Kriege um Ressourcen, Einfluss und weltweite Durchsetzung von Unterdrückung.

2. Schluss mit Angriffen und Terrorismus Migrant_Innen und Linke!

Hanau, Halle, Rostock-Lichtenhagen. Jorge Gomondai, Silvio Meier, Amadeu Antonio Kiowa. Rassistische Angriffe und Terrorismus gegen Linke und Migrant_Innen sind in der BRD Alltag. Im Kampf dagegen können wir uns auf Staat und Justiz nicht verlassen. Stattdessen müssen wir uns dagegen organisieren. Wir brauchen Arbeiter_Innenmilizen zur Selbstverteidigung. Diese müssen kollektiv, massenhaft organisiert und vor allem wähl und abwählbar sein. Sie sind notwendig, wenn wir uns effektiv gegen neonazistische Angriffe wehren wollen.

Weiterhin muss der Verfassungsschutz zerschlagen werden, denn er hat unfassbar viele Agenten in den Reihen von Neonazi-Gruppen. Das Problem ist, dass dies auch Doppelagenten der Neonazis sein könnten und es oft schon waren. Außerdem schützt der Verfassungsschutz seine Agenten/ Ansprechpartner so sehr, dass selbst der Tod anderer Menschen in Kauf genommen wird. Bei den NSU-Morden hatte der Verfassungsschutz viele Infos, die über Jahre einfach nicht herausgegeben wurden. Bei einem der letzten Morde war ein Verfassungsschutz-Mitarbeiter anwesend und wollte angeblich nichts gesehen haben. Dieser wurde wegen

Zeugenschutz nie verurteilt.

Lasst uns den antirassistischen mit dem antikapitalistischen Kampf verbinden, denn die massenhafte Unsicherheit und Angst gerade in kapitalistischen Krisen sind Anknüpfungspunkte für die rücksichtslosen Ideen faschistischer Ideologien. Da es im Kapitalismus immer wieder zu Krisen kommt, müssen wir den Kapitalismus selbst überwinden und dafür sorgen, dass kein Mensch mehr in Angst oder Unsicherheit leben muss! Da die Arbeiter_Innenklasse die Kraft ist, die diese neue Gesellschaft aufbauen kann, müssen ihr Organe auch alle rassistisch Unterdrückte sowie deren Organisationen ansprechen, indem ihnen alle nötigen Rechte darin zugestanden werden und der gemeinsame Kampf zwischen weiße und nicht-weiße Arbeiter_Innen den Rassismus dahingehend überwindet, dass der eigentliche Gegner Kapitalismus heißt! Wir wollen den Aufbau einer internationalen Antikrisenbewegung angehen, die sich gegen Militarismus, Rassismus, imperialistische Kriege und die Abwälzung der Krisenkosten auf die Arbeiter_Innenklasse und Halbkolonien einsetzt. Wir müssen dafür vor allem auf die Führung von Linkspartei und SPD Druck ausüben, und deren Basis selbst ein solides revolutionäres Programm vorschlagen, für dass wir in den Gewerkschaften und auf der Straße eintreten.

3. Abschaffung von rassistischer Polizei und Gerichten!

Polizei, Gerichte, aber auch die staatliche Gesetzgebung sind die nationale Vertretung des Kapitals. Sie sind es auch, die strukturell rassistisch sind. Das liegt nicht daran, dass dort nur rechte Menschen arbeiten würden. Vielmehr ist es so, dass sie das nationale Interesse des Kapitals zuerst vertreten müssen. So werden Waffenexporte abgesichert, Migrant_Innen als „Kostenfaktor“ abgeschoben, die Ausbeutung von billigen Leiharbeiter_Innen legitimiert und so weiter. Dies alles führt, neben der allgemeinen Sozialisierung in der bürgerlichen Gesellschaft, zu einem chauvinistischen und rassistischen Weltbild.

Deswegen fordern wir die Abschaffung/ Zerschlagung von der Polizei und ihre Ersetzung durch kollektive, demokratische, organisierte Selbstverteidigung (Arbeiter_Innenmilizen). Auch Gerichte schützen allzu oft rassistische Gesetze und bürgerliche Eigentumsverhältnisse und sind nicht demokratisch legitimiert, obwohl sie viel Macht haben. Deswegen wollen wir sie durch gewählte (und abwählbare) sowie rechenschaftspflichtige Tribunalen ersetzen, die im Sinne unserer internationalen Klasse entscheiden. Dahingehend soll ein Sofortprogramm der Arbeiter_Innenklasse unter Kontrolle von Gewerkschaften, Komitees und Räten erarbeitet werden.

Da bürgerliche Staaten im Kapitalismus sich immer durch strukturellen Rassismus auszeichnen, müssen wir sie durch einen revolutionären Umsturz abschaffen und durch eine international vernetzte Rätedemokratie ersetzten. Dafür müssen alle internationalen Kernindustrien enteignet und unter Arbeiter_Innenkontrolle vergesellschaftet werden. Denn die politische und militärische Macht ist immer ein Resultat der ökonomischen Bedingungen. Eine Gesellschaft nach dem Kapitalismus würde eine demokratische Planung der Wirtschaft nach Bedürfnissen statt Profit umsetzen. Dies wird die Überausbeutung der halbkolonialen Länder abschaffen, weil sich das Kapital nicht mehr in den Händen weniger Großkonzerne in imperialistischen Staaten konzentrieren würden und weil die Wirtschaft nicht mehr auf Profit ausgelegt wäre. Dem Rassismus wäre seine Grundlage entzogen, denn seine unmittelbaren Ursachen wären abgeschafft!

mail germany@onesolutionrevolution.de
fb /onesolutionrevolution.germany
web onesolutionrevolution.de
insta @revogermany

Eigentumsvorbehalt: Dieses Magazin ist so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen persönlich ausgeliefert worden ist. "Zur Habenahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Druckschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund des Nichtaushändigens zurückzusenden.

1 Jahr Hanau-

Wie Rassismus effektiv bekaempfen?

Von Leila Cheng

Dieses Jahr am 19./20. Februar jährt sich der rassistische Anschlag in Hanau, der zehn Menschen das Leben kostete. Ihre Namen sind inzwischen Deutschland weit bekannt: Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun, Said Nesar Hashemi, Fatih Saraçoğlu, Gabriele Rathjen. Was aber auch inzwischen jedem bekannt sein sollte ist, dass es sich bei Hanau um keinen Einzelfall handelte. Die Anschläge in Rostock-Lichtenhagen August 1992 gegen Asylbewerber_Innen und vietnamesische Vertragsarbeiter_Innen, der NSU und seine Attentate an migrantischen Ladenbesitzer_Innen, der Anschlag auf eine Synagoge letztes Jahr in Halle und die zahlreichen Brandanschläge auf Asylheime, wo es allein 2015 mehr als 1000 Stück in Deutschland gab. Dies sind nur einige Beispiele einer Mordserie gegen Migrant_innen, gesellschaftlich Unterdrückte, aber auch Linke seit dem 2. Weltkrieg in der BRD. Eine wichtige Rolle spielten dabei auch Polizei, Gerichte und der Verfassungsschutz. Zum Beispiel bei der Verbrennung Oury Jallohs 2005 durch die Polizei selbst, beim NSU 2.0, dessen Drohnachrichten von Polizeicomputern kamen, bei der Ermordung Jorge Gomondais, als gerichtliche und polizeiliche Daten einfach verschwanden oder auch bei den NSU Morden, bei denen V-Männer teilweise anwesend waren oder Informationen nicht rausgegeben wurden. Aber auch die Ermordung von Migrant_innen an den Außengrenzen Europas, dass sie in Lagern wie das auf Moria gesperrt und menschenunwürdig behandelt werden, ist ein Teil dieser Mordserie.

Doch was müssen wir tun, damit dies endet?

Zuerst einmal ist es wichtig den Zusammenhang nicht nur zwischen dem bürgerlichen Staat und Rassismus, sondern auch der kapitalistischen Wirtschaftsweise und dem Rassismus zu verstehen.

>> Fortsetzung auf Seite 30